

02.07



# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Verbände fordern mehr Anerkennung für Ehrenamt  
DNR begleitet deutsche EU-Ratspräsidentschaft  
Umweltaspekte des demografischen Wandels  
Entwurf für Naturschutz-Novelle abgelehnt**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik  
auf Bundesebene  
Jahrgang 13 (2007), Heft 02  
ISSN 1861-0048

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),  
Franziska Heinrich (fh), Manja Treue (mt)  
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-82  
eMail: [matthias.bauer@dnr.de](mailto:matthias.bauer@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)  
Preise/Bestellen: siehe 3. Umschlagseite

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion behält  
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für  
unverlangt eingesandtes Material keine  
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion/des Herausgebers wieder.  
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.  
Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

### Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-  
umweltministerium gefördert. Die Förderer  
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-  
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der  
Angaben sowie für die Beachtung der  
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen  
der Förderer übereinstimmen.

## Beitrag zur Bändigung der Informationsflut

### Liebe Leserinnen und Leser,

es wird Ihnen vielleicht aufgefallen sein, dass wir seit geraumer Zeit unser bisheriges Informationsorgan „DNR-Kurier - Interne Mitteilungen“ nicht mehr an Sie versandt haben. Stattdessen erhalten Sie kurzfristige Hinweise und Anfragen elektronisch. Darüber hinaus gibt es allerdings eine ganze Reihe von Vorgängen, deren Veröffentlichung nicht termingebunden ist, die gleichwohl auf das Interesse des einen oder anderen Lesers stoßen dürfte. Wir haben uns daher entschieden, diese Informationen künftig im Deutschland-Rundbrief und erstmals ab dieser Ausgabe unter einer eigenen Rubrik „DNR intern“ abzudrucken. Dies hat den Vorteil, auf einen Blick im Inhaltsverzeichnis des DRB die für Sie interessanten Themen entnehmen zu können. Auf diese Weise wollen wir einen kleinen Beitrag im effektiven Umgang mit der steigenden Informationsflut leisten.

Bereits im DRB 09.05 hatte ich auf die neue Rubrik „Ehrenamtliches Engagement“ hingewiesen. Seitdem berichten wir kontinuierlich mit zunehmender Tendenz über wichtige bürgerschaftliche Aktivitäten, häufig koordiniert im DNR-Arbeitskreis Ehrenamtliches Engagement. Wie notwendig die stärkere Betonung der Bedeutung ehrenamtlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz ist, zeigt die derzeitige Debatte zur Reform des Gemeinnützigkeit- und Spendenrechts. Unsere Stellungnahme hierzu finden Sie in diesem Deutschland-Rundbrief.

Gerade am Beispiel der Behandlung nebenberuflicher Tätigkeiten („Übungsleiterpauschale“) zeigt sich, dass der Natur- und Umweltschutz bisher gegenüber dem Sport, dem sozialen Bereich und der Kultur benachteiligt ist. Solange wir nicht in der Lage sind, innerhalb und außerhalb des Dritten Sektors zu dokumentieren, in welchem Umfang ehrenamtliche Tätigkeiten im Natur- und Umweltschutz anfallen, werden wir an dieser unbefriedigenden Situation nur wenig ändern. Deswegen möchte ich nochmals an Sie appellieren, an unserer Fragebogenaktion zur Ermittlung des zeitlichen Aufwands ehrenamtlicher Aktivitäten in Ihrem Verband mitzumachen. Der Fragebogen ist im DRB 11.06 abgedruckt und kann auch im Internet unter [www.dnr.de/fragebogen](http://www.dnr.de/fragebogen) her-

untergeladen werden. Zur Rücksendung haben Sie Zeit bis zum August.

In diesem Deutschland-Rundbrief ist auch unsere Resolution zum bundesweiten Aktionstag Ehrenamt enthalten, die auf ein erfreuliches Echo bei einer ganzen Reihe von Landesumweltministern und beim Bundesumweltminister gestoßen ist.

Im Laufe dieses Jahres dürften Sie in der Rubrik Verkehr/Tourismus häufiger als bisher auf das Thema Tourismus stoßen. Dort wollen wir unter anderem die Ergebnisse des am 12. Dezember vergangenen Jahres neu gegründeten DNR-Arbeitskreises Tourismus vorstellen. Leiter dieses Arbeitskreises ist Eugen Dieterle, Mitglied des DNR-Präsidiums und Präsident des Schwarzwaldvereins.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre dieses Deutschland-Rundbriefes.

Dr. Helmut Röscheisen,  
DNR-Generalsekretär

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Bändigung der Informationsflut  
Von Helmut Röscheisen

## 5 Verbände, Ehrenamt

- Naturschutzverbände fordern mehr staatliche Anerkennung für Ehrenamt
- Engagierte Projekte für  
Freiwilligendatenbank gesucht
- Kurzmeldungen: JUKSS
- Lesenswert: Fördertöpfe, Öko-Jobs
- DNR-Intern: Vertreter/innen des  
DNR in Beiräten

## 9 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Nachfrage nach Bio-Produkten  
größer als Angebot
- EU-Agrarminister wollen schwächere  
Öko-Verordnung
- Bioläden: EU-Biosiegel genügt nicht
- Kurzmeldungen: Genmais-Studie,  
Anti-Gentech-Aktion, Fleischwerbung
- Lesenswert/Sehenswert: Kritischer  
Agrarbericht, Fast-Food, Bio-Wein,  
Ernährung, Werbung, Agrarfabriken

## 12 Emissionen, Abfall, Chemie, Industrie

- Handys strahlen wieder mehr
- Elektroschrott-Gesetz unwirksam

## 13 Energie, Klima

- Erneuerbaren-Sektor wächst weiter
- Regierung und Konzerne setzen auf  
„CO<sub>2</sub>-freie“ Kraftwerke
- Offener Brief an SPD-Chef Beck
- Wärmstes Jahr für 2007 erwartet
- Jugend-Kurzfilm-Wettbewerb
- Kurzmeldungen: Städtewettbewerb,  
Solarförderung, Palmöl, Hausgeräte
- Lesenswert: Öko-Bauen, Energiekrise

## 17 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- Umweltverbände beobachten deutsche EU-Ratspräsidentschaft  
Von Markus Steigenberger, DNR
- Umweltbericht 2006 der  
Bundesregierung
- Konferenzbericht: Umweltdimension  
des demografischen Wandels  
Von Annette Littmeier, DNR
- Umwelt-Medienpreis 2006 verliehen
- Umfrage: Thema Umwelt wieder „in“
- Umweltwissen für Lehrer
- Arbeitgeber gegen globale Standards
- Bund bürgt für Illisu-Staudamm
- Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz in Kraft
- Kurzmeldungen: Alltags-Wettbewerb
- Lesenswert: Flächenverbrauch,  
Sozialökologie, Urbanisierung

## 22 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Airbuswerk: EU-Millionenstrafe droht
- Bundesnaturschutzgesetz: Verbände  
lehnen Novellierungs-Entwurf ab
- NRW: Naturschutz-Kahlschlag möglich
- Waldzustandsbericht 2006
- Artenkenntnisse bei Kindern stabil
- 2007 ist „Jahr des Delfins“
- Kurzmeldungen: Miesmuscheln,  
Tierversuche

## 24 Verkehr, Tourismus

- Studie: Radverkehrsförderung senkt  
Treibhausgasausstoß erheblich
- Bahn-Privatisierung verzögert
- Brüssel und Berlin planen mehr  
Rechte für Bahnkunden
- DNR und Bahn diskutieren über Lärm
- Mitarbeiter-Mobilität in Unternehmen
- Umweltbundesamt fordert Tempolimit
- 60-Tonner: Hohes Sicherheitsrisiko
- Polizei beendet Baumbesetzung
- Fluglärmmovelle verabschiedet
- Beliebteste Wanderwege 2006 gekürt
- Kurzmeldungen: Schlichtungsstelle,  
Transrapid, Pkw-Verbrauch, Fraport
- Lesenswert: Klima und Auto

## 29 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich

Inhalt des EU-Rundschreibens: Seite 34.

### Dokumentation Naturschutzverbände fordern Anerkennung für Ehrenamt

#### Resolution zum bundesweiten Aktionstag Ehrenamt

Unter dem Titel „Sie und wir! - Gemeinsam für eine lebenswerte Umwelt!“ haben die Teilnehmer/innen beim bundesweiten Aktionstag Ehrenamt<sup>1</sup> am 23. September 2006 eine Resolution mit Forderungen an die Politik verabschiedet. Nachfolgend dokumentieren wir die Resolution, die sich als Initiative zur Förderung des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements im Natur- und Umweltschutz versteht. (mb)

#### 1. Ausgangslage

Es gibt wenige gesellschaftliche Bereiche, in denen staatliches, verbandliches und persönliches Engagement für das Gemeinwohl so eng mit einander verbunden sind wie im Naturschutz und Umweltschutz. Engagierte Bürgerinnen und Bürger sind gerade hier unverzichtbar. Sie tragen in vielfältiger Weise zum Schutz des Gemeinguts Natur bei, liefern Impulse, stärken die Solidarität und stehen für Selbstverantwortung.

Der staatliche Naturschutz wäre ohne das ehrenamtliche Engagement in Verbänden, Projekten und Initiativen weit weniger leistungsfähig. Beispielsweise sind ein erfolgreicher Arten-, Biotop- und Landschaftsschutz und eine angemessene Betreuung von Schutzgebieten (vom Naturdenkmal über FFH-Gebiete bis hin zu Nationalparks) in Deutschland ohne Ehrenamt undenkbar. Die Umwelt- und Naturschutzverbände haben mehr als fünf Millionen Mitglieder und Förderer, von denen mehrere hunderttausend, insbesondere auf der Orts- und Kreisgruppenebene, ehrenamtlich, das heißt unentgeltlich aktiv sind. Eine Vielzahl weiterer Ehrenamtlicher engagiert sich in Initiativen, Arbeitsgruppen und über Naturschutzverwaltungen. Zahlreiche Projekte und staatliche Aufgaben profitieren von der Mitwirkung Ehrenamtlicher. Sie hätten ohne das ehrenamtliche

Engagement nicht oder nur mit einem wesentlich höheren Finanzaufwand realisiert werden können. Hier leistet das Ehrenamt sogar einen maßgeblichen Beitrag zur Entlastung der öffentlichen Haushalte. Beispielsweise hätte der Brutvogelatlas in Bayern 20 Millionen Euro statt 261.000 Euro gekostet, wenn ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mitgewirkt hätten.

Dennoch fühlen sich viele im Ehrenamt Tätige zunehmend als „Notnagel“ und Opfer staatlicher Sparmaßnahmen, wodurch die Motivation beeinträchtigt und die Bereitschaft zur Kooperation belastet wird. An dieser Stelle ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass zu staatlichen Kernaufgaben der Natur- und Umweltschutz gehört. Die Wahrnehmung dieser nationalen und internationalen Verpflichtung setzt auch eine entsprechende finanzielle und personelle Ausstattung von staatlicher Seite voraus.

In einer aktiven Bürgergesellschaft ist der Mensch Subjekt selbstverantwortlichen Handelns und nicht Objekt staatlicher Verwaltung und Fürsorge. Das Ehrenamt sollte wesentlicher Baustein einer neuen Kultur bürgerschaftlichen Engagements sein. Das Vertrauen auf bürgerschaftliches Engagement bedeutet für Politik und Verwaltung, die Organisation und die Verwaltungsverfahren so zu gestalten, dass Bürger und Bürgerinnen sich frühzeitig und wirksam einbringen können.

#### 2. Forderungen an die Politik

##### Eine Kultur der Anerkennung schaffen

Die Entwicklung einer Kultur der Anerkennung darf kein Schlagwort bleiben. Im Vergleich zu den Ehrenämtern im Freizeit- und Sportbereich, im Rettungs- und Gesundheitswesen oder in der Brauchtumpflege wird das Ehrenamt im Natur- und Umweltschutz von Politik und Verwaltung zu gering geschätzt. Es ist dringend geboten, die Benachteiligung in der öffentlichen Anerkennung des Ehrenamtes im Umweltbereich zu beseitigen.

Eine Kultur der Anerkennung ist einer der wichtigsten Hebel zur Förderung und Stimulierung des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements; denn die wechselseitige Anerkennung und Wertschätzung unterstützt die Entstehung sozialer Identität. Deswegen fordern wir eine verbandsübergreifende Imagekampagne der Umweltmi-

nister von Bund und Ländern „Sie und wir! Gemeinsam für eine lebenswerte Umwelt!“, um noch mehr öffentliche Aufmerksamkeit auf das Ehrenamt im Natur- und Umweltschutz zu lenken und für das Engagement in den Vereinen und Organisationen des Umwelt- und Naturschutzes zu werben.

##### Gesellschaftliche Rahmenbedingungen verbessern

Zu den wesentlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Ehrenamts gehören die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements in Vereinen und Organisationen durch den Abbau von bürokratischen Regelungen und die Vereinfachung und Erleichterung steuerrechtlicher Vorschriften. Gemeinnützigen Vereinen - und da sind die Vereine im Umweltbereich einzuschließen - ist mehr Flexibilität im Rahmen der vier Tätigkeitsbereiche (ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb, wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb) einzuräumen. Sinnvoll erscheint die Einrichtung einer unabhängigen Schiedsstelle, die sich mit der Aberkennung bzw. Nichtzuerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus befasst. Die derzeit geltende Gefährdungshaftung für eine zweckwidrige Verwendung von Spendenmitteln ist in eine Haftung umzugestalten, die nur bei Verschulden (Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit) der Betroffenen besteht. Daneben sollte das Spendenrecht novelliert und die unterschiedlichen Spendenhöchstsätze von 5 und 10 % einheitlich auf 10 % festgelegt werden.

Überfällig sind die Anerkennung des zeitlichen ehrenamtlichen Engagements von Natur- und Umweltaktiven als Eigenbeitrag im Rahmen des Zuwendungsrechts und die Reform des Zuwendungsrechts insgesamt. Hier ist vor allem der Wechsel von einer Fehlbetrags- zu einer Festbetragsfinanzierung zu nennen.

Um tatsächlich entstandene Aufwandskosten (Fahrt- und Telefonkosten etc.) auszugleichen, ist eine allgemeine steuerfreie Aufwandspauschale in Höhe von 300 Euro pro Jahr für bürgerschaftlich Engagierte im Dienste gemeinnütziger Umweltschutzorganisationen und Naturschutzverwaltungen erforderlich. Mit einer solchen Regelung würde der pauschalierte Ersatz von entstandenem Aufwand für bürgerschaftliches Engagement von der Besteuerung freigestellt. Darüber hinaus ist die Ausdehnung des steuerfreien Übungslei-

<sup>1</sup> Der Aktionstag fand im Rahmen der bundesweiten „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ in Angermünde (Brandenburg) im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin statt (siehe DRB 11.06, S. 5). In diesem Jahr ist die Aktionswoche für den 14. bis 23. September geplant.

terfreibetrags in Höhe von 1.848 Euro auf den Umwelt- und Naturschutz erforderlich - anstelle einer Abschaffung auch im Sport- und Sozialbereich, wie vom Beirat des Bundesfinanzministeriums vorgeschlagen.

Als Antwort auf den demografischen Wandel unserer Gesellschaft einerseits und das große Interesse an ehrenamtlicher Arbeit andererseits ist ein generationenübergreifender Freiwilligendienst dauerhaft einzurichten und entsprechend zu fördern - explizit auch als bundespolitische Aufgabe. Dazu gehört auch die staatliche Unterstützung von Angeboten zur Bildung und Qualifizierung Ehrenamtlicher.

### **Beteiligungsrechte ausweiten statt einschränken**

Die Umweltressorts von Bund und Ländern werden aufgefordert, die in den Gesetzen zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben und für die Innenentwicklung der Städte vorgesehene Einschränkung der meist ehrenamtlichen Mitwirkung von Umweltverbänden, etwa durch den Wegfall von Erörterungsterminen, entgegenzutreten.

Vielmehr ist die Einbeziehung interessierter und gut informierter Bürgerinnen und Bürger in Planungs- und Genehmigungsprozesse eine wichtige Voraussetzung dafür, dass umweltrelevante Vorhaben Akzeptanz in der Bevölkerung gewinnen können. Dies gehört deshalb in vielen Ländern der Welt zum selbstverständlichen Bestand demokratischer Verwaltungskultur. Aus diesem Grund ist die rasche und umfassende Umsetzung des UN/ECE-Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Århus-Konvention)<sup>1</sup> in Deutschland von zentraler Bedeutung. Die Natur- und Umweltschutzverbände nehmen seit vielen Jahren die ihnen im nationalen und internationalen Natur- und Umweltrecht eingeräumten Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte kritisch, aber konstruktiv wahr. Diese sind um direktdemokratische Verfahren wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheidungen zu ergänzen. ■

<sup>1</sup> EUR Sonderheft 08.04 „Die Århus-Konvention“: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) (Bisherige Ausgaben)

### • Weitere Informationen

DNR, Arbeitskreis Ehrenamtliches Engagement, Albert Lippert, Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
mobil: 0160 / 97209108  
eMail: [sekretariat@dnr.de](mailto:sekretariat@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Gastbeitrag

## **Engagierte Projekte für Freiwilligendatenbank gesucht**

von Sandra Vukovic, Aktion Mensch

### **Bringt Projekte und Interessierte zusammen: dieGesellschafter.de**

Mehr als 23 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland zeitweise ehrenamtlich. Es gibt viele Möglichkeiten, sich einzubringen. Ob Soziale Dienste, Umweltprojekte oder Engagement für Migranten - viele Organisationen arbeiten mit Freiwilligen zusammen. Für Menschen, die kein eigenes Projekt starten, sondern sich in bestehenden Organisationen und Einrichtungen engagieren möchten, steht unter [www.dieGesellschafter.de](http://www.dieGesellschafter.de) eine Datenbank mit über 2.000 Adressen bereit. Sie dient als schwarzes Brett, um Projekte und Interessenten zusammenzubringen und wird kontinuierlich ausgebaut.

► Bietet Ihre Organisation Einsatzmöglichkeiten für Ehrenamtliche oder beraten und vermitteln Sie Freiwillige an konkrete Projekte? Dann können Sie sich hier in unsere Freiwilligen-Datenbank eintragen und auf diesem Weg engagierte Helfer finden.

### **Das Gesellschafter-Projekt der Aktion Mensch**

Seit März 2006 meldet sich die Zivilgesellschaft eindrucksvoll zu Wort. Mehr als 45.000 Beiträge und Kommentare rund um die Frage „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“ wurden auf der Website [dieGesellschafter.de](http://dieGesellschafter.de) bislang gesammelt. Hinter dem Projekt stehen die Aktion Mensch und zahlreiche Verbände und Organisationen, darunter die Wohlfahrtsverbände und das ZDF. Ziel des Projektes ist es, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich die Diskussion um die Zukunft der Gesellschaft wieder anzueignen. Ein Förderprogramm unterstützt im Rahmen des Gesellschafter-Projektes Initiativen für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft. ■

### • Weitere Informationen

Aktion Mensch, [dieGesellschafter.de](http://dieGesellschafter.de),  
Freiwilligendatenbank, Sandra Vukovic,  
Heinemannstr. 36, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 2092-370, Fax -333  
eMail:  
[sandra.vukovic@aktion-mensch.de](mailto:sandra.vukovic@aktion-mensch.de)  
[www.diegesellschafter.de](http://www.diegesellschafter.de)

## Kurzmeldungen

### 14. Jugendumweltkongress mit erweitertem Themenspektrum

Anfang Januar ist in Königs Wusterhausen bei Berlin der 14. Jugendumweltkongress (Jukss) zu Ende gegangen. Das Programm war in diesem Jahr sehr umfangreich und nicht mehr nur auf die Umweltbewegung begrenzt. Mit einer Protestaktion vor der französischen Botschaft in Berlin protestierten Jukss-Teilnehmer gegen die Zerstörung der Lebengrundlagen der indigenen Bevölkerung in der Überseekolonie Französisch-Guyana durch Tourismus und den Betrieb einer Goldmine. Neben Umweltthemen nahmen Veranstaltungen zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, Debatten über das bedingungslose Grundeinkommen und Alternativen zur herrschenden Erziehungs- und Bildungspolitik dieses Jahr breiten Raum ein. (fh)

Quelle: nd-online, 8.1.2007  
www.jukss.de



## Lesenswert

### Fördertöpfe für Vereine, Projekte und Initiativen 2007

Das Netzwerk Selbsthilfe e.V. hat eine neue Broschüre für Gruppen und Initiativen, die nach neuen Finanzierungswegen suchen, herausgebracht. Darin werden mehr als 150 Stiftungen und Förderquellen porträtiert und umfangreiche Tipps zu Fördermöglichkeiten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Themenfeldern geboten. Zudem werden Beratungseinrichtungen vorgestellt und Informationen zur Existenzgründungs- und Betriebsberatung für Vereine und kleine Betriebe gegeben. Die Tipps und Hinweise sollen die Broschüre zu einem kompetenten Wegweiser in Sachen Fördermöglichkeiten machen. (fh)

Netzwerk Selbsthilfe e.V. (Hrsg.): Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen 2007, Berlin 2007, 168 S., 15 Euro; Bezug: [www.netzwerk-selbsthilfe.de](http://www.netzwerk-selbsthilfe.de)

### Freiwilligendienste und Jobs für Umwelt und Eine Welt

Die Europäische Öko-Job-Börse hat im Rahmen eines Projekts zum Thema Freiwilligendienste die dreiteilige Buchreihe „Jobs und Praktika“ herausgebracht. Das neu erschienene Buch „Arbeiten in der Entwicklungszusammenarbeit“ gibt Auskunft über Einsatzmöglichkeiten ehrenamtlicher Helfer. Neben einem ausführlichen Adressteil mit Beschreibungen einzelner Programme beinhaltet es vor allem Erfahrungsberichte. In dem Ratgeber „Freiwilligendienste in Europa und Übersee“ sind über 130 Adressen von Trägern mit ganz unterschiedlichen Angeboten beschrieben. Das Buch hilft bei Bewerbung, Finanzierung und Vorbereitung von Freiwilligendiensten. Im neu aufgelegten Buch „Jobben für Natur und Umwelt“ liegt der Schwerpunkt auf ökologischen Angeboten für Freiwillige. Außerdem entstand ein Faltblatt zum Thema Freiwilligendienste. (fh)

„Jobben für Natur und Umwelt“, „Freiwilligendienste in Europa und Übersee“, „Arbeiten in der Entwicklungszusammenarbeit“, je 15,90 Euro; Hrsg./Bezug: Öko-Job-Börse, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, Tel. 04531-4512, Fax -7116, eMail: [jup@inihaus.de](mailto:jup@inihaus.de)



## DNR-Intern

### DNR im Beirat Umwelt und Sport des Bundesumweltministeriums

Im Beirat für Umwelt und Sport des Bundesumweltministeriums (BMU) für die laufende 16. Legislaturperiode hat der DNR als seinen Vertreter erneut Klaus Hübner vorgeschlagen. Klaus Hübner ist DNR-Präsidiiumsmitglied und Referatsleiter Umweltbildung im Landesbund für Vogelschutz (LBV). Der Beirat beschäftigt sich insbesondere mit Fragen der laufenden Beobachtung der Entwicklungen im landschaftsbezogenen Freizeitsport, der Analyse und Bewertung der Umweltauswirkungen neuartiger Sport- und Freizeitaktivitäten sowie der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für eine natur- und landschaftsverträgliche Sportausübung. (rö)

● Klaus Hübner, Hilpoltstein, Tel. 09174 / 4775-40, [www.bmu.de/sport](http://www.bmu.de/sport) („Beirat...“)

### Zwei DNR-Vertreter/innen als Mitglieder im Beirat für Zivildienst

Im Beirat für den Zivildienst beim Bundesfamilienministerium wird der DNR für die kommende Berufungsperiode vertreten von Rainer Borchering (Schutzstation Wattenmeer) und Silke Haack (Insitut für Ökologie und Naturschutz - IFÖN). Der Beirat für den Zivildienst unterstützt das Ministerium in Fragen des Zivildienstes einschließlich der Frage, welche Aufgaben den Zivildienstpflichtigen außerhalb des sozialen Bereichs zugewiesen werden sollen. Im Beirat vertreten sind Organisationen von Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden sowie Beschäftigungsstellen, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Länder und kommunale Spitzenverbände. Die Beiratsmitglieder werden vom Ministerium für vier Jahre berufen. (rö, mt)

● [www.zivildienst.de](http://www.zivildienst.de); Rainer Borchering, Husum, Tel. 04841 / 6685-42, [www.schutzstation-wattenmeer.de](http://www.schutzstation-wattenmeer.de)  
Silke Haack, Eberswalde/bei Berlin, Tel. 03334 / 237358, [www.ifoen.de](http://www.ifoen.de)

### DNR-Vertreterin im Beirat für Raumordnung

Die Vorsitzende des BUND Baden-Württemberg, Dr. Brigitte Dahlbender, vertritt den DNR im Beirat für Raumordnung. Der Beirat ist ehrenamtlich tätig und berät den Bundesminister u. a. zu Fragen der zukünftigen Raumentwicklung und der Raumordnungspolitik sowie ihrer Einflussgrößen. Im Mai 2007 soll in Leipzig die

Territoriale Agenda (TA) der Europäischen Union von den für die Raumentwicklung zuständigen Ministern unterzeichnet werden. Durch Empfehlungen für eine integrierte Raumentwicklungspolitik will die TA die Potenziale der Regionen und Städte Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung mobilisieren. Den Bürger/innen soll Europa näher gebracht werden. (mt)

● Brigitte Dahlbender, BUND Baden-Württemberg, Ulm, Tel. 07305 / 9315-85, Fax -86, [brigitte.dahlbender@bund.net](mailto:brigitte.dahlbender@bund.net)

### DNR und Bahn AG diskutieren über Schienenverkehrslärm

Vor einem Jahr hatte der DNR dem Bundesumweltministerium und der Bahn AG eine Analyse zum Schienenverkehrslärm übermittelt. Darin beschreibt der DNR wesentliche Defizite des Schienensanierungsprogramms des Bundes und schlägt Lösungsmöglichkeiten vor. Bahn und Ministerium haben mittlerweile geantwortet. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 25. (mb)

■

### ● Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [sekretariat@dnr.de](mailto:sekretariat@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

## Nachfrage nach Bio-Produkten ist größer als das Angebot

### Hafer, Eier und Kartoffeln sind besonders knapp

Die Nachfrage nach Biolebensmitteln in Deutschland kann zurzeit nicht gedeckt werden. Selbst Produkte aus dem Ausland könnten den Bedarf der Kunden nicht decken, sagte Ulrich Hamm vom Fach Agrar- und Lebensmittelmarketing an der Universität Kassel. Hafer sei europaweit ausverkauft, Eier gebe es nicht mehr in Deutschland und Frankreich und Kartoffeln könnten bald zur Neige gehen. Auch Bio-Gemüse sowie Geflügel und Schweinefleisch aus Bio-Haltung seien schwer zu bekommen.

### „Deutschland hat Chance verschlafen“

Laut Hamm würden zahlreiche Handelsunternehmen gern mehr Bioware verkaufen. Da Deutschland aber die „Chance verschlafen“ habe, mehr Ökolandbau zu betreiben, müssten große Mengen an Ökoprodukten aus Argentinien, Chile, Kanada und Südafrika importiert werden. Auch wenn die Ware den EU-Kontrollen unterliege und daher den Ansprüchen der ökologischen Landwirtschaft genüge, seien aus Umweltsicht die langen Transportwege bedenklich.

### Umstellungsprämien zusammengekürzt

Politikerinnen der Grünen, Erzeugerverbände und Händler geben der Großen Koalition eine Mitschuld an dem Ökowarenmangel. Nach dem Regierungswechsel wurden die Fördermöglichkeiten für die Umstellung auf Ökolandbau stetig zurückgefahren, monierten Bärbel Höhn und Renate Künast. Seit 2005 haben immer mehr Länder die Umstellungsprämien für Bioanbau eingestellt. Diese Prämien federten Verluste der Bauern in der Übergangszeit von der konventionellen zur Ökolandwirtschaft ab.

### Bioland: Deutsche Bauern haben Wettbewerbsnachteil in Europa

Auch der Erzeugerverband Bioland sieht im Förderstopp für den Ökolandbau die Hauptursache für das Ungleichgewicht im Bio-Markt. Bioland-Präsident Thomas Dosch forderte daher für die nächsten sieben Jahre angemessene Ökoprämien und Planungssicherheit für Biobauern in allen Bundesländern, in denen Landwirtschaft betrieben wird.

Ab 2007 laufen die Förderprogramme zwar mit Ausnahme des Saarlandes überall wieder an, es gibt allerdings viel weniger Geld als zuvor. Nach Auffassung von Bioland sind die Ökoprämien auch entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Biobetriebe gegenüber europäischen Mitbewerbern. Denn Betriebe in den Nachbarländern würden durch nationale Aktionspläne und Fördermaßnahmen gezielt für den Export ihrer Bioprodukte nach Deutschland stark gemacht, hieß es.

### Verbände fordern 20 Millionen Euro für den Ökolandbau

Der Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN), der Verband der Biosupermärkte und Bioland forderten Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und seine Länderkollegen auf, die Kürzungen im Ökolandbau zurückzunehmen.

Die Forderungen im Einzelnen:

- Anhebung der Basis-Prämie für Biobetriebe auf die ursprünglichen 160 Euro pro Hektar, um den Bundesländern wieder mehr Spielraum für eine Erhöhung der Öko-Prämien zu geben;
- Wiedereinführung des Förderthemas Ökolandbau bei der Agrarinvestitionsförderung mit einem erhöhten Fördersatz von 35 Prozent;
- Fortführung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und Aufstockung der Mittel auf 20 Millionen Euro. (mbu) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz  
Tel. 06131 / 23979-17, Fax -27  
eMail: presse@bioland.de  
www.bioland.de

Universität Kassel, Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften, Fachgebiet Agrar- und Lebensmittelmarketing, Steinstr. 19, 37213 Witzenhausen  
Tel. 05542 / 98-1285  
eMail: hamm@uni-kassel.de  
www.uni-kassel.de

## EU-Agrarminister wollen schwächere Öko-Verordnung

### Bioprodukte könnten künftig 0,9 % genmanipulierte Substanzen enthalten

Die EU-Landwirtschaftsminister haben sich im Dezember 2006 auf einen neuen Entwurf zur Novellierung der EU-Ökoverordnung geeinigt. Der Ministerrat schloss sich im Wesentlichen den Vorschlägen der EU-Kommission an. Die folgenschwerste Änderung betrifft den Kennzeichnungsgrenzwert für die Kontamination mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Bisher durfte Bioware bis zur so genannten Nachweisgrenze von 0,1 Prozent keine GVO enthalten, die neuen Pläne sehen dagegen einen Schwellenwert von 0,9 Prozent vor. Das heißt, dass Bioprodukte bis zu 0,9 Prozent gentechnisch verunreinigt sein dürfen, ohne dass es auf dem Etikett steht.

### Auch Seehofer stimmte mit Ja

Zwar dürfen Bio-Bauern und -Verarbeiter weiterhin keine genmanipulierten Bestandteile verwenden. Kritiker befürchten aber, dass die Verbraucher/innen ohne die Kennzeichnung künftig keine Wahlfreiheit mehr haben, GVO-freie Ware zu kaufen. Die Kontamination lässt sich nicht vermeiden, wie zahlreiche Studien belegen.

Auch Bundesagrarminister Horst Seehofer stimmte für den Entwurf der neuen Ökoverordnung. Er lobte die Neufassung, die seiner Auffassung nach wesentliche Anliegen Deutschlands berücksichtigt hat. Als Beispiele nannte Seehofer das hohe Schutzniveau für Verbraucher, die Bewahrung der hohen ökologischen Produktionsstandards sowie die Möglichkeit einer eigenen Kennzeichnung für strengere Verbände. Zuvor hatte der Erzeugerverband Bioland an Seehofer appelliert, dem aktuellen Entwurf nicht zuzustimmen. Bedenken vieler Mitgliedstaaten und europäischer Bioverbände seien nicht ausgeräumt. Im März entscheiden die EU-Agrarminister über die endgültige Fassung. 2009 soll die neue Verordnung in Kraft treten. (mbu) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz  
Tel. 06131 / 23979-17, Fax -27  
eMail: presse@bioland.de  
www.bioland.de

## „Bio ist nicht gleich Bio“

### Info-Kampagne der Bioläden zeigt Unterschiede bei Bio-Siegeln

Viele Kunden, die über Bioprodukte nicht viel wissen, sind durch die Vielfalt der Bio-Siegel und -Logos verunsichert. Das ergab die Studie des Sinus-Instituts „Unterschiede zwischen Bio-Käufern und Bio-Nichtkäufern“. Sogar das Bio-Siegel wird von vielen Verbrauchern nicht als staatliches Kontrollsiegel erkannt, noch weniger kennen die Bio-Anbauverbände wie Bio-land oder Demeter.

Um hier Aufklärung zu betreiben, haben Anbauverbände die Initiative ECHT BIO gegründet. Damit die Käufer/innen Produkte aus dem Bioladen von denen im übrigen Lebensmitteleinzelhandel unterscheiden können, sei es wichtig, dass sie die Bedeutung von Logos, Siegeln und Namen kennen, so die Initiatoren. Unter anderem wurde ein Flyer herausgegeben, der über die Bioläden vertrieben wird. „Warum BIO nicht gleich BIO ist und wo die Unterschiede liegen“, wird darin den Kunden übersichtlich und anschaulich in Tabellenform erläutert. Diese Übersicht über die Unterschiede zwischen dem staatlichen Bio-Siegel und den Bio-Anbauverbänden ist auch auf der Internetseite von ECHT BIO zu finden. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Die Regionalen GmbH, Gradestr. 92,  
12347 Berlin  
Tel. 030 / 4435 81-20, Fax -22  
[www.echt-bio.de](http://www.echt-bio.de)

Unterschiede zwischen Bio-Siegel und Bio-Anbauverbänden:  
[www.echt-bio.de/cm/eb/info/info.php?we\\_objectID=4955](http://www.echt-bio.de/cm/eb/info/info.php?we_objectID=4955)

## Kurzmeldungen

### Gericht: Herausgabe einer Monsanto-Studie an Greenpeace war rechens

Das Verwaltungsgericht in Köln hat Anfang Dezember eine Klage des weltgrößten Gentechnik- und Saatgutkonzerns Monsanto abgewiesen. Die Begründung der Richter: Von der Gentechnik gehe ein besonders hohes potenzielles Risiko aus. Deswegen müsse der öffentliche Zugang zu Akten gewährt werden, die für die Risikobewertung wichtig seien. Nach Angaben der von Monsanto verklagten Umweltorganisation Greenpeace wollte der Konzern im Nachhinein die erzwungene Herausgabe einer Fütterungsstudie mit dem Genmais MON863 für unrechtmäßig erklären lassen. Im Juni 2005 hatte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) diese Studie an Greenpeace zur Einsichtnahme aushändigen müssen, was das Unternehmen ohne Erfolg gerichtlich zu verhindern suchte. Die Umweltorganisation hatte die Herausgabe der Akten verlangt, nachdem bekannt wurde, dass bei den mit Genmais gefütterten Tieren Blutbildveränderungen aufgetreten waren. (mbu)

● Greenpeace, Hamburg, Tel. 040 / 30618-395, [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

### Internet-Initiative: Starkoch Vincent Klink gegen Gentechnik

Starkoch Vincent Klink hat im November die Internet-Initiative mein-nein.de gestartet. Die Kampagne setzt sich gegen Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Unterstützt wird die Aktion von Naturschutz-, Ökolandbau- und Verbraucherverbänden sowie Kirchen und Naturwarenherstellern. Auf der Website können Nutzer mit einem Klick auf „Nein“ ihre Ablehnung der Agrogentechnik zeigen. Ziel der Kampagne sind 100.000 „Nein“-Einträge bis Ende 2008. Zu jedem der Pixel kann ein Name mit Adresse und Kommentar eingetragen werden. Bisher kamen rund 10.000 der kleinen Vierecke zusammen. Initiatoren der Aktion sind das Aktionsbündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft Baden-Württemberg und die Verbände des Bistums Rottenburg-Stuttgart. Klink, der ausschließlich mit Bioprodukten kocht, sagte, Genmanipulation sei unverantwortlich und zerstöre das gesamte Lebensgleichgewicht. (mbu)

[www.mein-nein.de](http://www.mein-nein.de)

### Fleischfirma darf nicht mit Selbstverständlichkeiten werben

Die bayerische Fleischereikette Vinzenzmurr darf Verbraucherinnen und Verbraucher nicht mehr mit falschen Werbeversprechen in die Irre führen. Das Unternehmen hatte damit geworben, eine höhere Qualität anzubieten als gesetzlich vorgeschrieben, weil die verarbeiteten Schweine und Rinder weder Tiermehl noch Hormone oder präventiv Antibiotika bekämen. Das ist durch das Lebens- und Futtermittelgesetz (LFGB) aber ohnehin verboten, ebenso wie die Werbung mit Selbstverständlichkeiten, also der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften. Im Dezember lenkte die Fleischerei ein und unterzeichnete eine Unterlassungserklärung der Verbraucherorganisation foodwatch. (mbu)

● foodwatch, Berlin, Tel. 030 / 240476-19, [www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

■ ▼

## Lesenswert/Sehenswert

### Kritischer Agrarbericht 2007

Während der Internationalen Grünen Woche im Januar in Berlin hat das Agrar-Bündnis seinen traditionellen „Kritischen Agrarbericht“ präsentiert. Darin nimmt das Bündnis wie jedes Jahr zu aktuellen agrarpolitischen Themen Stellung. Das AgrarBündnis ist ein Zusammenschluss von derzeit 26 unabhängigen Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Die Autoren des Berichts kommentieren das erste Jahr Agrarpolitik der Großen Koalition unter Minister Horst Seehofer mit den Worten: „Neue Regierung auf alten Wegen“. Von der Agrarwende, die die Vorgängerregierung eingeleitet hatte, sei noch nicht einmal das Wort übrig geblieben. Schwerpunkt des Kritischen Agrarberichts ist erneut die Agro-Gentechnik. Das AgrarBündnis klärt in mehreren Kapiteln über die unterschiedlichen Interessenlagen auf und liefert Argumente gegen die „überflüssige Gefährdung unserer Lebensgrundlagen“ durch Gentechnik-Pflanzen. (mbu)

Kritischer Agrarbericht 2007, Januar 2007, 288 S., 19,80 Euro; Hrsg./Bezug: AbL-Verlag, www.bauernstimme.de

### Wie Fast Food krank macht

Der US-amerikanische Autor geht den Ursachen für die Verfettung von einem Drittel seiner Landsleute auf den Grund. Seine These: Die Hauptschuld trägt die Fast-Food-Industrie. Sie habe in den vergangenen Jahrzehnten nichts unversucht gelassen, um ihre Produkte in immer gigantischeren Mengen zu verkaufen. Aus Sicht der Unternehmen ein wirtschaftlicher Erfolg: 1970 gaben die US-Bürger/innen sechs Milliarden Dollar für Fastfood aus, 2004 waren es bereits 124 Milliarden. Die Kehrseite der Medaille: In den 1990er Jahren stieg das Durchschnittsgewicht der Bevölkerung um fast fünf Kilogramm. Die durchschnittliche Kalorienzufuhr erhöhte sich seit 1971 um ein Viertel. Zurzeit gelten 65 Prozent der US-Amerikaner/innen, darunter viele Kinder und Jugendliche, als übergewichtig oder fettüchtig. Dies bedeutet unter anderem ein erhöhtes Risiko für Zuckerkrankheit, Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Das Buch kann dazu beitragen, eine sich bereits abzeichnende ähnliche Entwicklung in Europa zu verhindern. (mbu)

Morgan Spurlock: Angriff der Killer-Burger - Wie Fast-Food uns krank macht, Droemer/Knaur, München 2006, 358 S., 8,95 Euro, ISBN 3426778556

### Bio-Wein: Der Weinberg macht den Unterschied

Der Boom bei Bioprodukten ist auch am Genussmittel Wein nicht vorüber gegangen. In Deutschland verarbeiten etwa zwei Prozent Winzer ihre Trauben nach ökologischen Kriterien. Was ist beim Bio-Wein eigentlich anders? Diese Frage beantwortet Wolfgang Römmelt in dem Buch „Bio-Wein“. „Der Weinberg macht den Unterschied“, schreibt er. Auf dem Bio-Weinberg wachsen viele Kräuter und Grünpflanzen. Es werden keine Insektenvernichtungsmittel, Herbizide und Kunstdünger eingesetzt. Römmelt, der selbst einen Weinberg hat, beschreibt die Situation des Bio-Weinbaus weltweit. Im Buch finden sich zahlreiche Interviews mit Bio-Winzern sowie eine Liste ausgewählter Produzenten in Deutschland, Europa und weltweit. (mbu)

Wolfram Römmelt: Bio-Wein, Mondo-Verlag, Heidelberg 2006, 118 S., 9,90 Euro, ISBN 3938839139

### Schadstofffalle Supermarkt?

Angesichts der zahlreichen Lebensmittel-skandale, die immer wieder Verbraucherinnen und Verbraucher verunsichern, ist es hilfreich zu wissen, wo und was man noch einkaufen kann ohne sich zu vergiften. Die Autorin schreibt in ihrem neuen Buch über Alternativen zu pestizidbelastetem Gemüse und Gammelfleisch. Sie erläutert die Problematik von Schad- und Zusatzstoffen, erklärt die Vorzüge von Bioprodukten und nimmt verschiedene Hersteller, Handelsketten und Marken unter die Lupe. Sie kommt zu dem Schluss, dass man durchaus auch außerhalb der Bioläden gesunde Ware kaufen kann und sie nennt diese auch beim Namen. Am Ende des Buches findet sich eine Liste von Adressen, bei denen man solide Informationen über Bioprodukte und gesunde Nahrung bekommen kann. (mbu)

Andrea Flemmer: Schadstofffalle Supermarkt?, Felix-Verlag, Melsungen 2006, 192 S.; 19,95 Euro; ISBN 3867380023

### Gegen nervende Werbung

Wer es sich nicht mehr gefallen lassen will, ungewollt Reklame im Briefkasten, per eMail oder am Telefon zu erhalten, kann

sich bei der Verbraucher-Initiative über mögliche Gegenstrategien informieren. Egal, ob die Werbung erlaubt oder illegal ist, die Verbraucher-Initiative empfiehlt sich dagegen zu wehren. Dazu gehöre das Vorbeugen wie die Vorsicht bei Vertragsabschlüssen oder der Eintrag in die Robinson-Listen, aber auch das Wissen um die rechtliche Situation. Beispielsweise sind Werbeanrufe ohne bestehende Geschäftsbeziehung und ohne Einverständnis des Angerufenen verboten. In der Praxis gelingt es aber geschulten Kräften immer wieder die Gutgläubigkeit und Höflichkeit der Angerufenen auszunutzen. Wie man sich hier am besten verhält, kann man neben vielen weiteren Tipps für 80 Cent auf der Internetseite der Verbraucher-Initiative herunterladen oder als Heft bestellen. (mbu)

Nervende Werbung!, 5 S., 2006; Hrsg./Bezug: Verbraucher Initiative, Elsenstr. 106, 12435 Berlin, Tel. 030 / 5360733; PDF-Download (0,80 Euro); www.verbraucher.com („Geld und Recht“)

### Film: „Unser täglich Brot“

Am 18. Januar ist in Deutschland der Dokumentarfilm „Unser täglich Brot“ angelaufen. Regisseur Nikolaus Geyrhalter zeigt eine filmische Meditation über die Welt der industriellen Nahrungsmittelproduktion. Er geht der Frage nach woher unsere Nahrung kommt, und stellt gleichzeitig die Seinsfrage. Der mehrfach preisgekrönte österreichische Filmemacher besuchte dazu zwei Jahre lang Produktionsstätten in ganz Europa. Sein Film gibt Einsicht in Orte, die im Alltag verborgen sind. Er bietet Einblicke, wo Verdrängung die Regel ist, und liefert Erkenntnisse - 90 Minuten ohne Kommentar. (mbu, mb)

„Unser täglich Brot“, Deutschland 2007, Regie: Nikolaus Geyrhalter, 90 min; Trailer/Fotos/Kritik/Vorfürhungen bundesweit: www.kino.de/kinofilm.php4?nr=96968



## Handys senden wieder mehr Strahlung aus

### Immer weniger Geräte halten Anforderungen für Umweltengel ein

Die zum Jahresende vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) veröffentlichte Liste mit SAR-Werten von Mobiltelefonen hat gezeigt, dass die Strahlung bei den aktuellen Modellen wieder zugenommen hat. Der SAR-Wert steht für die spezifische Absorptionsrate der Handys in Watt pro Kilogramm Körpergewebe. Der gesetzliche Grenzwert liegt in Deutschland bei zwei Watt pro Kilogramm. Den Rekord hält das Handy G112 von LG mit 1,94 Watt pro Kilo.

Mit 0,6 Watt pro Kilogramm würden die Handys die vom BfS empfohlenen Bedingungen für das Umweltzeichen Blauer Engel erfüllen. In der Wertetabelle des BfS liegen im März 2005 noch 33,8 Prozent aller Handys unter der Umweltengelgrenze. Der Wert für Dezember lag jedoch um 3,5 Prozentpunkte niedriger. Auffallend sind große Unterschiede zwischen den Geräten. Das Samsung SGH-Z560 etwa kommt nur auf einen SAR-Wert von 0,1.

### Hersteller: Grenzwerte irreführend

Die Hersteller nannten Grenzwerte unterhalb der gesetzlichen Schwelle „irreführend“, da damit nichts über die Sicherheit des Geräts ausgesagt werde. Ob Handystrahlen dem Menschen langfristig schaden, ist umstritten. Im Dezember 2006 wurde in Dänemark eine Langzeitstudie veröffentlicht, nach der ein erhöhtes Krebsrisiko unwahrscheinlich ist. Die Hersteller würden solche Studien nutzen, um sich dem Umweltengel zu verweigern. Dirk Daiber vom BfS kritisierte: „Die Hersteller machen es sich einfach, wenn sie sagen, die Technik ist sicher, also brauchen wir keine neuen Grenzwerte.“ Daiber forderte die Hersteller auf, sich am Prinzip der Vorsorge zu orientieren. (fh) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Bundesamt für Strahlenschutz (BfS),  
Postfach 10 01 49, 38201 Salzgitter  
Tel. 01888333-0, Fax -1885  
eMail: [epost@bfs.de](mailto:epost@bfs.de)  
[www.bfs.de](http://www.bfs.de)

## Elektroschrott-Entsorgung unter neuem Gesetz schlechter

### Müllexporte in Entwicklungsländer haben zugenommen

Ein halbes Jahr nach Einführung des neuen Entsorgungsgesetzes für Elektrogeräte haben sowohl Umweltverbände als auch das Fraunhofer Institut für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) eine negative Bilanz gezogen. So habe sich die Verwertung im Inland verschlechtert (siehe DRB 11/06) und zu steigenden Müllexporten geführt. Viele Altgeräte enthielten hochtoxische Stoffe, die durch oftmals unsachgemäßes Recycling in die Umwelt gelangten. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und das Öko-Institut gehen davon aus, dass Elektroschrott aus Deutschland oft in Entwicklungsländer exportiert wird. Die Altgeräte werden als Produkte statt als Abfall deklariert und können so ohne Probleme verschifft werden. Der Zoll sei dabei machtlos.

### Entsorgungsvorgänge unüberschaubar

Seit Inkrafttreten der Novelle sei eine direkte Kontrolle des Schrotts schwieriger geworden, sagte Gabriela Janusz-Renault vom Fraunhofer Institut für Produktionstechnik und Automatisierung. Während früher die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger den genauen Überblick darüber gehabt hätten, wieviel Müll pro Einwohner verwertet wurde, sei die Logistik durch das Einschalten von mehreren Subauftragnehmern jetzt unüberschaubar geworden. Wo der Elektroschrott hinkommt, könne nur vermutet werden. Dass er auf für Behörden nicht nachvollziehbaren Wegen in Drittländer verschifft wird, sei jedoch am wahrscheinlichsten. (fh)



### • Weitere Informationen

Fraunhofer Institut für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA),  
Gabriela Janusz-Renault, Nobelstr. 12,  
70569 Stuttgart  
Tel. 0711 / 970-00, Fax -1399  
[www.ipa.fraunhofer.de](http://www.ipa.fraunhofer.de)

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Abfall-  
Expertin Eva Leonhardt, Hackescher  
Markt 4, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19  
eMail: [leonhardt@duh.de](mailto:leonhardt@duh.de)  
[www.duh.de/abfall](http://www.duh.de/abfall)

## Immer mehr Energie aus erneuerbaren Quellen

### 11 Prozent des Stroms in Deutschland wird nachhaltig erzeugt

Nach Angaben des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE) können zehn Millionen Haushalte mittlerweile ihren Strom-, Wärme- und Kraftstoffbedarf ökologisch korrekt decken. Das entspreche dem Gesamtverbrauch Hessens, sagte BEE-Geschäftsführer Milan Nitzschke im Januar in Berlin. Die Branche meldete positive Zahlen: 202,5 Milliarden Kilowattstunden wurden im vergangenen Jahr aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt.

Gut 11 Prozent des Stroms in Deutschland werden laut BEE ökologisch erzeugt, der Anteil der Biokraftstoffe liegt bei 5,4 Prozent. Damit dürften die Vorgaben der EU erreicht werden, die bis 2010 einen Ökostrom-Anteil von 12,5 Prozent und beim Biosprit 5,75 Prozent fordert. Der Einsatz von Biokraftstoffen stieg im vergangenen Jahr besonders stark, weil ein neues Gesetz die Mineralölgesellschaften zur Beimischung verpflichtet.

### BEE fordert Wärmegesetz

Vergleichsweise wenig wuchs hingegen der Wärmesektor. 6,2 Prozent der in Deutschland verbrauchten Wärme stammt aus Bioenergie, Solar- und Geothermie, 2005 waren es 5,9 Prozent. Damit bleibe der Sektor unter seinen Möglichkeiten, sagte BEE-Präsident Johannes Lackmann. Der Grund seien politische Rahmenbedingungen, die anders als beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz keine langfristigen Planungen ermöglichten. Lackmann forderte ebenso wie der DNR und weitere Umweltverbände sowie die Grünen ein Wärmegesetz für erneuerbare Energien. Nirgendwo sonst lasse sich der Ausstoß von klimaschädlichem CO<sub>2</sub> so billig und schnell reduzieren wie beim Heizen.

Insgesamt wurden 2006 durch die Erneuerbaren Energien 99 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. An der Strombörse hätte diese Menge einen Wert von 1,5 Millionen Euro. (mbu) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE), Teichweg 6, 33100 Paderborn  
Tel. 05252 / 939800  
eMail: info@bee-ev.de  
www.bee-ev.de

## Kohlestrom soll weiter fließen

### Regierung und Energiekonzerne setzen auf „CO<sub>2</sub>-freie“ Kraftwerke

Trotz Protesten von Umweltverbänden wollen die Bundesregierung und Energieunternehmen weiter Strom aus Kohle gewinnen. Unterstützt werden sie dabei von den Gewerkschaften und Teilen der Politik. Nach Angaben von Vattenfall soll die Kohleverstromung mit jeder Investition effizienter werden und weniger Kohlendioxid ausstoßen. Jedoch seien so genannte CO<sub>2</sub>-freie Kohlekraftwerke in Serie frühestens 2015 zu erwarten.

Umwelt-Staatssekretär Matthias Machnig (SPD) forderte für die Entwicklung der „sauberen Kohle“ mehr Forschungsmittel. Die EU-Förderung von 400 Millionen sei nicht ausreichend. Während Bundesregierung und Energiekonzerne die Modernisierung der Kohletechnologie als einen Beitrag zur Verbesserung der Effizienz bezeichneten, demonstrierten Mitglieder der Umweltorganisation Robin Wood vor dem Tagungsort mit dem Slogan: „Vattenfall - als Klimakiller top, im Umweltschutz ein Flop.“ Dagegen organisierte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Anfang Februar in Berlin eine Großdemonstration für „heimische Energieträger“.

### Umweltbundesamt: Technik bringt nicht genug zur CO<sub>2</sub>-Minderung

Aus Umweltsicht sind die „CO<sub>2</sub>-freien“ Kohlekraftwerke bedenklich. Das Umweltbundesamt (UBA) bezeichnete vergangenes Jahr die von den Energiekonzernen propagierte technische Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid in tiefen geologischen Schichten als „Übergangslösung“. Die Technologie habe ihre Grenzen und könne nicht genug zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen beitragen. Umweltverbände wie Robin Wood und Grüne Liga hatten Vattenfall Feigenblatt-Politik vorgeworfen. Mit dem Bau von „CO<sub>2</sub>-freien“ Kraftwerken versuche der Energiekonzern sein Image aufzupolieren, während die Natur zerstörende Braunkohleverstromung weitergehe. (mbu) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Robin Wood, Energiereferentin Bettina Dannheim, Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
Tel. 040 / 380892-21, Fax -14  
eMail: energie@robinwood.de  
www.robinwood.de

## EU-Klimaschutzvorgaben unter Beschuss

### Verbände protestieren in Offenem Brief bei SPD-Chef Kurt Beck

Deutsche Umwelt- und Entwicklungsorganisationen haben im Januar in einem Offenen Brief an den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck appelliert, die Vorgaben der EU-Kommission für den Klimaschutz in Deutschland zu akzeptieren. Beck hatte Bundeskanzlerin Merkel aufgefordert gegen die Brüsseler Behörde zu klagen. Diese hatte den Nationalen Emissionshandelsplan der Bundesregierung als unzureichend zurückgewiesen und erheblich weiter reichende Emissionsreduzierungen verlangt.

Mit dem Vorstoß stelle Beck die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen und der gesamten deutschen Klimapolitik in Frage, heißt es in dem von neun Organisationen unterzeichneten Brief. Seine Forderung bedeute, die deutsche Vorreiterrolle im Klimaschutz aufzugeben und zum Bremsen zu werden. Dabei sei die EU-Kommission mit ihren Vorgaben sogar noch hinter den freiwilligen Zusagen der deutschen Industrie zurückgeblieben.

### Verbraucher müssen mehr einsparen, wenn Industrie geschont wird

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas verlangte, dass die deutschen Unternehmen ab 2008 nur noch 453 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ausstoßen dürfen. Die Bundesregierung hingegen wollte 465 Millionen Tonnen erlauben. Auch ein Anfang Februar erreichter Kompromiss wurde von den Umweltverbänden teilweise scharf kritisiert.

Die Nichtregierungsorganisationen nannten Beck's Forderung außerdem unsozial. Je weniger die Großindustrie reduzieren müsse, desto mehr müssten dies Haushalte und Kleinverbraucher. Dass ausgerechnet der SPD-Vorsitzende einen solchen Vorstoß mache, dürfte in der Öffentlichkeit und speziell unter den SPD-Wählern nur schwer zu vermitteln sein, argumentierten die Verbände. (mbu) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228-359704, Fax -92399356  
eMail: info@forumue.de  
www.forumue.de

## **Wetterprognose 2007: Wärmstes Jahr erwartet**

### **Klimaforscher sagen extreme Wettersituationen voraus**

Meteorologen haben für 2007 einen Anstieg der langjährigen weltweiten Durchschnittstemperatur von 14 Grad Celsius um voraussichtlich 0,54 Grad prognostiziert. Das Wetterphänomen El Niño verstärkte den Treibhauseffekt, meldete der nationale britische Wetterdienst Met Office Anfang Januar. Weltweit müsse mit extremen Wettererscheinungen gerechnet werden. Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass 2007 mit einer Wahrscheinlichkeit von 60 Prozent das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen wird. Der bisherige Rekordwert von einer weltweiten Durchschnittstemperatur von 14,52 Grad wurde 1998 erreicht.

Das Met Office nennt zwei Hauptgründe: Neben der Klimaerwärmung durch Luftschadstoffe gebe es aktuell Hinweise darauf, dass das Phänomen „El Niño“ in diesem Jahr wieder verstärkt auftritt. Bei El Niño handelt es sich um eine Anomalie von Luft- und Meeresströmungen, die sich in Abständen von zwei bis sieben Jahren im Pazifik zwischen der Westküste Südamerikas und Südostasien entwickelt. Dabei schwächt sich der Humboldtstrom, eine kalte Meeresströmung an der Westküste Südamerikas, ab. Als Folge erwärmt sich der Ostpazifik, was zu sintflutartigen Niederschlägen in Südamerika führt, während in Australien und Indonesien Dürren auftreten.

Das hat zwar laut Leibniz-Institut für Meereswissenschaften in Kiel kaum Bedeutung für das Wetter in Mitteleuropa, denn hier sei die Temperatur des Nordatlantiks entscheidender. Aber weil das Wasser im Nordatlantik derzeit sehr warm sei, könne auch in Deutschland ein überdurchschnittlich warmes Jahr bevorstehen. Auch das Max-Planck-Institut (MPI) für Meteorologie in Hamburg und das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) relativieren die britischen Prognosen. Über die Entwicklung von El Niño könne man erst im Frühjahr präzisere Aussagen treffen.

### **Deutschland war 2006 um 1,3 Grad wärmer als im langjährigen Mittel**

Dass die Atmosphäre anhaltend aufgeheizt wird, belegen auch die jüngsten Veröffentlichungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD). Das Jahr 2006 zählt

danach in Deutschland zu den wärmsten Jahren seit Beginn der Aufzeichnungen. Viele der wärmeren Jahre seien Ende des vergangenen und zu Beginn des neuen Jahrhunderts verzeichnet worden, heißt es beim DWD. Insofern stütze das Jahr 2006 die These von einer allmählichen Erwärmung der Erdatmosphäre. Bundesweit lag die Temperatur im vergangenen Jahr bei 9,5 Grad und damit um 1,3 Grad über dem langjährigen Durchschnitt. (mbu)



### • **Weitere Informationen**

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Telegrafenberg A31, 14473 Potsdam  
Tel. 0331 / 288-2500, Fax -2600  
eMail: pik@pik-potsdam.de  
www.pik-potsdam.de

## **Jugendfilm-Wettbewerb zum Thema Klimawandel**

### **Internationales Festival in Norwegen sucht Kurzfilme von 18 bis 30-Jährigen**

Anlässlich des internationalen Umwelttages am 5. Juni und des internationalen Polarjahres 2007 legt das Nordische Jugend-Film-Festival (NUFF) vom 2.-10. Juni 2007 in Tromsø (Norwegen) seinen Schwerpunkt auf das Thema Klimawandel. In Zusammenarbeit mit der Stiftung „Minor Foundation For Mayor Challenges“, dem Cicero-Zentrum für Klimaforschung in Oslo und dem Norwegischen Polarinstitut in Tromsø startet NUFF dazu einen internationalen Jugendfilmwettbewerb.

Zentrale Fragen sind dabei, wie Jugendliche den globalen Klimawandel erleben und welche Vorstellungen sie von ihrer Zukunft haben. Die Filme der Teilnehmer sollen einem größeren Publikum gezeigt werden. Das Projekt soll „dem Klimawandel ein Gesicht geben“ verschaffen und Brücken zwischen Jugend, Wissenschaft, Politik und Film schlagen.

### **Kurzfilme können bis zum 1. April eingereicht werden**

Laut der Ausschreibung zum Wettbewerb dürfen die eingereichten Filme nicht älter als fünf Jahre und maximal 15 Minuten lang sein. Teilnehmen können Jugendliche und junge Erwachsene von 18 bis 30 Jahren. Die Filme müssen bis zum 1. April eingereicht werden. Ein Gremium wählt die 10-15 besten aus, die dann bei NUFF 2007 gezeigt werden. Die NUFF-Filmjury wird daraus wiederum den besten Film wählen. Als Preis wurden umgerechnet rund 1.200,- EUR und ein Reisestipendium zu einer internationalen Klimakonferenz ausgelobt. Die Internetseite von NUFF Global begleitet den Wettbewerb. Das Projekt soll durch das internationale NUFF-Kontakt Netzwerk und die internationale Umweltorganisationen bekannt gemacht werden. (fh) ■

### • **Weitere Informationen**

NUFF Global, Projektleiter Hermann Greuel, Fredrik Langesgt. 29, 9008 Tromsø/Norwegen  
Tel. 0047 / 776978-67, Fax -71  
eMail: hermann@tvibit.net  
www.nuffglobal.net

## Kurzmeldungen

### Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ entschieden

Seit Dezember 2006 stehen die Gewinner im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ fest. Münster hat das Rennen gemacht, den zweiten Platz erreichte Freiburg, den dritten Rang teilen sich Hamburg und Heidelberg. In der Teilnehmerklasse zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern teilen sich die baden-württembergischen Städte Rastatt und Esslingen den Sieg. Bei den Kommunen unter 20.000 Einwohnern gewann Wettenberg bei Gießen. (mbu)

Quelle: [www.klimaschutzkommune.de](http://www.klimaschutzkommune.de)

### Bundesregierung fördert weiteren Ausbau der Solarwärme

Seit Mitte Januar gibt es für Hausbesitzer wieder staatliche Fördergelder für regenerative Heizungssysteme aus dem Marktanzreizprogramm der Bundesregierung. Für Solarkollektoren zur Warmwassererzeugung beträgt die Förderung in diesem Jahr 40 Euro je Quadratmeter installierter Bruttokollektorfläche, mindestens jedoch 275 Euro. Wer Solarkollektoren zur Kombination von Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung einsetzt, erhält 70 Euro/m<sup>2</sup>. Für den Mietwohnungsbau sind bessere Förderkonditionen vorgesehen. Anlagen mit einer Kollektorfläche über 40 m<sup>2</sup> erhalten zukünftig eine höhere Förderquote im Rahmen des KfW-Programms Erneuerbare Energien, das bald in Kraft treten soll. Dadurch soll Solarwärme für Wohnungsgesellschaften zur attraktiven Option werden, was zu niedrigeren Betriebskosten für Mieter führen könnte. (mbu)

● Bundesverband Solarwirtschaft (BSW), Berlin, Tel. 030 / 29777880, [www.solarfoerderung.de](http://www.solarfoerderung.de)

### BMU skeptisch gegenüber Einsatz von Palmöl zur Stromerzeugung

Die Bundesregierung will nach Angaben des Bundesumweltministeriums (BMU) Zertifizierungssysteme für Palmöl aufbauen. Das BMU beurteilt das steigende Interesse an Palmöl-Blockheizkraftwerken in Deutschland kritisch. Palmöl werde in manchen Gegenden der Welt durch Umwandlung von Primärwald in Ölpalmen-Plantagen erzeugt. Beispielsweise würden für den Anbau von Ölpalmen in Indonesien rücksichtslos Regenwälder abgeholzt. Der Einsatz derart produzierten Palmöls zur Stromerzeugung entspreche nicht den

Zielen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Mit Hilfe von Zertifizierungssystemen will die Bundesregierung nun sicherstellen, dass das eingesetzte Palmöl aus nachhaltiger Produktion stammt. Dafür wird laut BMU eine Nachhaltigkeitsverordnung zum Kraftstoffquotengesetz vorbereitet. Umweltverbände kündigten an, die weitere Entwicklung genau zu beobachten. Das Beispiel Holzhandel zeige, dass Zertifikate nur bei strengen Kriterien und Kontrollen etwas bewirkten, hieß es beim Forum Umwelt & Entwicklung. (mbu, mb)

● BMU, Berlin/Bonn, Tel. 01888 / 305-2010, [www.bmu.de](http://www.bmu.de)

### Initiative gegen Stromfresser

„Hausgeräte plus“ heißt eine Initiative von Stromkonzernen, Branchenverbänden und Herstellern, die das ökologische Bewusstsein der Verbraucher/innen schärfen will. Hauptinhalt der Initiative ist es, Bürgerinnen und Bürgern das Thema Energieeffizienz näher zu bringen. Dabei soll deutlich werden, dass Energieeffizienz nichts mit Verzicht auf Komfort und Gebrauchswert zu tun hat. Informationen z. B. für den Kauf eines sparsamen Kühlschranks erhält man im Internet. Elektrogeräte, die älter als zehn Jahre sind, verbrauchen sehr viel Strom. Würden davon allein die Kühl- und Gefrierschränke ausgetauscht und durch Geräte der höchsten Energieeffizienz-Klasse ersetzt, ließe sich der private Elektrizitätsverbrauch nach Angaben der Initiative um jährlich sechs Prozent drosseln. Neben dem finanziellen Einsparereffekt verringere das auch den Ausstoß von Kohlendioxid um 5,5 Millionen Tonnen. (mbu)

[www.hausgeraete-plus.de](http://www.hausgeraete-plus.de)



## Lesenswert

### Ökologisch Bauen und Renovieren: Abschied von fossilen Energieträgern

Der Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung steht im Mittelpunkt der Ausgabe 2007 des BUND-Jahrbuchs zum ökologischen Bauen und Renovieren. Dass dieses ehrgeizige Ziel zumindest im Kleinen bereits erreichbar ist, wird am Beispiel eines energieautarken Dorfes gezeigt. Außerdem werden zahlreiche Ansätze vorgestellt, wie man im derzeitigen Hausbestand den Verbrauch von fossilen Energieträgern reduzieren kann. Das Jahrbuch verknüpft Informationen über bauökologische Grundlagen mit praktischen Tipps für alle Phasen des Bauens oder Renovierens - von der Planung bis zur Einrichtung. Es ist gegliedert in die Themenbereiche Planung/Finanzierung, Musterhäuser, Gebäudehülle, Haustechnik und Innenausbau/Gestaltung. Das farbig gestaltete Buch enthält zahlreiche Fotos, Tabellen und Graphiken. (mbu)

BUND-Jahrbuch 2007 - Ökologisch Bauen und Renovieren, Berlin 2006, 194 S., 7,90 Euro; Bezug: Bahnhofsbuchhandel oder Ziel-Marketing, Fax 0711 / 96695-20, eMail: [info@zielmarketing.de](mailto:info@zielmarketing.de)

### Chance Energiekrise

Das Buch informiert über die Verfügbarkeit der vorhandenen Rohstoffe, vor allem von Erdöl, und deren Preise. Die Autoren belegen die Notwendigkeit der Abkehr von fossilen und atomaren Energieträgern und zeigen, wie Regenerative Energien diese ersetzen können. Dabei geht es weniger um technische Details und Katastrophenszenarien, sondern um positive praktische Beispiele dafür, was an Alternativen möglich ist. Die Lektüre ist auch für Nicht-Experten geeignet. (mbu)

Hans-Josef Fell, Carsten Pfeiffer (Hrsg.): Chance Energiekrise - Der solare Ausweg aus der fossil-atomaren Sackgasse, Solarpraxis, Berlin 2006, 176 S., 19,- Euro, ISBN 3-934595-64-2



### Unter Beobachtung: Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007

Von Markus Steigenberger, DNR

#### Infozentrale der Umweltverbände beim DNR in Berlin

Die deutsche Bundesregierung hat im ersten Halbjahr 2007 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Sie hat damit den Vorsitz über das mächtigste legislative Entscheidungsgremium der EU, den Rat der Europäischen Union (Ministerrat) sowie den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs („EU-Gipfel“). Das ist für Deutschland eine große Herausforderung und Chance, gezielt Schwerpunkte in der EU-Politik setzen und Weichen für zukünftige Politik stellen zu können.

Natürlich wird dies nur im Rahmen einer gemeinschaftlichen EU-Politik zwischen den EU-Institutionen und den anderen EU-Mitgliedstaaten auszuhandeln sein. Doch trotz aller formalen Grenzen sind die politischen Gestaltungspotenziale einer Ratspräsidentschaft gerade für ein europäisches „Schwergewicht“ wie Deutschland nicht zu unterschätzen. Es lohnt sich also, hinzuschauen, wenn die deutsche Regierung bis Ende Juni 2006 die Geschicke der EU lenken wird.

#### Entscheidungen zu Energie-, Klima-, Verkehrspolitik, Luftreinhaltung

Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Kabinett haben selbst extrem hohe Erwartungen in ihre eigene Präsidentschaft geweckt: So verspricht die Bundesregierung, den EU-Verfassungsprozess wieder in die Spur zu setzen, eine europäische Energiepolitik zu initiieren oder in einer „Berliner Erklärung“ eine Vision für die nächsten 50 Jahre EU zu verabschieden.

Auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel verkündet Großes: Europa soll mit einer ökologischen Industriepolitik dem Leitmotto „Innovation - Beschäftigung - Umwelt“ gerecht werden. Neben diesen übergeordneten Debatten stehen auch eine Reihe sehr konkreter Gesetzgebungsprozesse an - etwa in der Energie- und Klimapolitik, bei der Mobilität oder der Luftreinhaltung.

#### EU-Koordination des DNR informiert

► Damit während dieser leitenden Funktion Deutschlands die Belange von Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz nicht hinten an stehen, ist es wichtig, dass sich die

Zivilgesellschaft mit ihren Forderungen einmischt und Gehör verschafft! Dafür sind ausreichendes Wissen, Verständnis und Kontakte wichtig. Mit Informationen, Nachrichten, Ansprechpartner/innen und Veranstaltungen wollen wir die deutsche Umweltbewegung fit machen für die Ratspräsidentschaft. Wir verstehen uns als Infozentrale der Umweltverbände während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007.

► Ein regelmäßiger Newsletter aus dem Berliner DNR-Büro kann jetzt auf der Internetseite [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) abonniert werden.

► Darüber hinaus bieten wir den Service, den Sie von uns kennen:

- EU-Rundschreiben (siehe S. 34)
- EU-Sonderhefte zu Einzelthemen (siehe S. 32)
- Vorab-Hintergrundinformationen zu den EU-Ministerratssitzungen sowie deren Auswertung (siehe S. 30)
- Tagesordnungen und Ergebnisse der Sitzungen des Europäischen Parlaments zu Umwelt-Themen (siehe S. 30)
- Umweltpolitik-News per eMail

#### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, -83, Fax -80  
eMail: [eu-info@dnr.de](mailto:eu-info@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Deutsche Ratspräsidentschaft 2007:

Offizielles Internetportal  
[www.eu2007.de](http://www.eu2007.de)

Arbeitsprogramm der Bundesregierung  
[www.eu-koordination.de/PDF/eu-praesidentschaftsprogrammDE2007.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/eu-praesidentschaftsprogrammDE2007.pdf)

Schwerpunkte des Umweltministeriums  
[www.eu-koordination.de/PDF/BMU-Schwerpunkte\\_EU-Rat2007.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/BMU-Schwerpunkte_EU-Rat2007.pdf)

Forderungen der Umweltverbände  
[www.eu-koordination.de/PDF/Positionspapier\\_deu.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/Positionspapier_deu.pdf)

„10 Grüne Prüfsteine“ der europäischen und deutschen Umweltverbände:  
Siehe EUR 02.07, S. 5 oder  
[www.eu-koordination.de/PDF/Zehn-gruene-Pruefsteine2007.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/Zehn-gruene-Pruefsteine2007.pdf)

### Umweltbericht 2006 der Bundesregierung

#### Minister Gabriel: Umweltschutz auch ökonomisch notwendig

Bei der Vorstellung des Umweltberichts 2006 hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die Umweltpolitik der letzten vier Jahre gelobt. Er hob vor allem die Fortschritte hervor, die im Energiesektor erreicht worden seien. So würden in Deutschland heute neun Prozent des Strom-, Treibstoff- und Wärmebedarfs durch erneuerbare Energien gespeist. Außerdem werde die Wärmedämmung von Altbauten 2007 mit 1,4 Milliarden Euro gefördert. Das sei viermal so viel wie im Jahr zuvor, sagte Gabriel im Januar. Dadurch würden 25.000 Arbeitsplätze in der Baubranche gesichert und deutlich weniger Energie verschwendet.

#### Begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten

Das Bundeskabinett muss alle vier Jahre Rechenschaft über seine Umweltpolitik geben. Das geschieht üblicherweise am Ende einer Legislaturperiode. Wegen der vorgezogenen Wahl 2005 steht im Umweltbericht 2006 noch zum großen Teil die Bilanz der rot-grünen Vorgängerregierung. Darauf ging der amtierende Umweltminister jedoch nicht ein, sondern stellte seine Pläne vor. Es gebe viel Kontinuität, weil die Umweltpolitik zu einem bedeutenden Teil international vorgegeben werde, sagte Gabriel.

#### Streit um Emissionshandel mit der EU

Die Reduzierung des Treibhausgases Kohlendioxid hält der Umweltminister für die wichtigste Herausforderung. Die Umweltverbände kritisierten allerdings die Haltung der Bundesregierung und auch von Gabriel im Streit mit der EU-Kommission um die Emissionszertifikate für CO<sub>2</sub>. Die Brüsseler Behörde wollte den Kohlendioxidausstoß der deutschen Industrie auf 453 Millionen Tonnen pro Jahr begrenzen, der Umweltminister hatte dagegen 465 Millionen zugelassen. Auch ein Anfang Februar erzielter Kompromiss wurde von den Umweltverbänden teilweise scharf kritisiert. (mbu, mb) ■

#### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de)

## Die Umweltdimension des demografischen Wandels

von Annette Littmeier, DNR

### „Älter, weniger, weiter weg“- Konferenz zu Gestaltungsaufgaben

Während vor ein paar Jahren nur jede/r zweite Deutsche wusste, was unter dem demografischen Wandel zu verstehen ist, dürfte heute allgemein bekannt sein, dass unsere Bevölkerung deutlich schrumpft und älter wird. Politiker aller Parteien sorgen sich um die Sicherung der Sozialsysteme und allmählich wird auch klar, dass die Finanzierung sozialer und technischer Infrastrukturen bei sinkender Bevölkerungszahl schwieriger wird. Die Frage, welche umweltrelevanten Auswirkungen sich aus dem demografischen Wandel ergeben, wird sowohl in der politischen Debatte als auch in der Öffentlichkeit weitgehend ausgeklammert.

Um diesen Aspekt in den Vordergrund zu rücken, veranstalteten DNR, BUND und NABU innerhalb ihres gemeinsamen, von BMU und UBA geförderten Projektes „Nachhaltigkeit im Kontext sich verändernder gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen“ eine Konferenz unter dem Titel „Älter, weniger, weiter weg - Demografischer Wandel als Gestaltungsaufgabe für den Umweltschutz“. Die rund 80 Teilnehmer/innen aus Praxis, Politik, Verbänden und Wissenschaft diskutierten die Aspekte

- Verkehrsinfrastruktur in schrumpfenden Regionen,
- Flächenverbrauch,
- Konsumbedürfnisse älterer Menschen und
- Herausforderungen für Ehrenamt und Freiwilligenarbeit.

### Bevölkerungsrückgang bedeutet keine Reduzierung der Umweltbelastung

Bereits Dr. Thomas Holzmann, Vizepräsident des Umweltbundesamtes, wies in seinem Eröffnungsvortrag darauf hin, dass die allgemeinen Umweltbelastungen mit dem Alterungsprozess und dem Rückgang der Bevölkerung nicht deutlich abnehmen würden. Erst mit einer Anpassung der Lebensstile und einer der demografischen Entwicklung angepassten Siedlungs- und Infrastrukturplanung sei mit einem Rückgang der Umweltbelastungen zu rechnen. Das Umweltbundesamt (UBA) hat ein Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in Auftrag gegeben, um entspre-

chende Instrumente und Handlungsoptionen zu entwickeln. Das Forschungsvorhaben „Soziodemografischer Wandel in Städten und Regionen - Entwicklungsstrategien aus Umweltsicht“ wurde von Wulf Hülsmann (UBA) und Dr. Monika Meyer-Künzel (Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V.) vorgestellt. Zwar sei die empirische Erkenntnisgrundlage für eine umfassende Beurteilung der umweltrelevanten Auswirkungen des demografischen Wandels noch nicht ausreichend; die Analyse habe aber deutlich gemacht, dass alle Programme und Strategien der öffentlichen Daseinsvorsorge auf ihre Vereinbarkeit mit der zu erwartenden demografischen Entwicklung überprüft werden müssten.

### Bisherige Anpassungsmaßnahmen berücksichtigen Umweltaspekte kaum

Auf dem Podium diskutierten Dr. Angelika Zahrnt (BUND), Dr. Günter Krings (CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung), Frank Segebade (Bauministerium Brandenburg) und Prof. Dr. Stefan Heiland (TU Berlin). Heiland betonte, der demografische Wandel sei charakterisiert durch die engen Wechselbeziehungen von Wanderungsbewegungen, Bevölkerungsrückgang, Internationalisierung und Alterung. Damit seien raumrelevante Auswirkungen und somit auch Umweltauswirkungen verbunden. In der Diskussion wurde deutlich, dass Bundesländer, die wie Brandenburg bereits heute mit den Folgen des demografischen Wandels konfrontiert sind, zwar Anpassungsmaßnahmen ergreifen, Umweltaspekte dabei aber nur marginal berücksichtigen.

Günter Krings sieht die Aufgabe des Parlamentarischen Beirates u. a. darin, das Bewusstsein für die Umweltaspekte zu schärfen. Im Oktober 2006 hatte der Beirat eine öffentliche Anhörung zum Thema Demografie und Infrastruktur durchgeführt. Angelika Zahrnt betonte, Umweltschutz bleibe auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels eine Gestaltungsaufgabe. Für alle Infrastrukturplanungen müsse angesichts des Bevölkerungsrückgangs der Bedarf erneut geprüft werden, dies gelte vor allem für den Bundesverkehrswegeplan. Nicht mehr benötigte Einrichtungen müssten naturgerecht zurückgebaut werden, damit beispielsweise Zerschneidungswirkungen aufgehoben würden.

In Arbeitsgruppen wurden die Aspekte Verkehrsinfrastruktur in schrumpfenden Regionen, Flächenverbrauch, Konsumbedürfnisse älterer Menschen und Herausforderungen für Ehrenamt und Freiwilligenarbeit vertieft. Die Teilnehmer forderten u. a., Grundnetze des öffentlichen Personennahverkehrs auch in schrumpfenden Regionen aufrecht zu erhalten und alternative Versorgungsstrukturen zu fördern. Um bei sinkender Bevölkerungszahl auch den Flächenverbrauch zu reduzieren, müssten Anreize geschaffen werden, um Wohnformen mit geringem Flächenverbrauch zu realisieren. Bei Bauplanungen müssten die Folgekosten stärker bedacht werden. Das Steuer- und Subventionsrecht sei grundsätzlich zu überprüfen.

### Geändertes Konsumverhalten nur durch geänderte Rahmenbedingungen

Wie das Konsumverhalten zukünftiger Altengenerationen aussehen wird, sei schwer zu prognostizieren. Die Konsumforschung gehe zwar davon aus, dass jede Generation ihr Konsumverhalten im Alter nicht mehr grundlegend ändere, Verhaltensänderungen könnten aber auch durch veränderte Rahmenbedingungen initiiert werden. So wirke sich beispielsweise die Anhebung des Rentenalters auf 67 sowohl auf das Mobilitätsverhalten als auch auf das verfügbare Einkommen älterer Menschen aus. Grundsätzlich könnten in dem größeren Gesundheits- und Qualitätsbewusstsein älterer Menschen aber Chancen für den Umweltschutz liegen.

Mit dem demografischen Wandel seien sowohl Herausforderungen als auch Chancen für ehrenamtliche Organisationen verbunden. Die Bereitschaft sich ehrenamtlich zu engagieren sei bei älteren Menschen hoch. Um dieses Potential zu nutzen, würden Freiwilligen-Management, Weiterbildung der Ehrenamtlichen und neue Finanzierungsmöglichkeiten wie Aufwandsentschädigungen und Steuerentlastungen immer wichtiger. ■

### • Weitere Informationen

DNR, Annette Littmeier, Projekt Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80  
eMail: annette.littmeier@dnr.de

Konferenzdokumentation (Kurzfassungen Vorträge, Diskussionen, Arbeitsgruppen), kostenlos; Bezug: DNR, s.o.

## Umwelt-Medienpreis 2006 verliehen

### Deutsche Umwelthilfe zeichnete Journalisten und Filmschaffende aus

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat Mitte Januar in Berlin zum elften Mal den DUH-Umwelt-Medienpreis verliehen. Ausgezeichnet wurden Autorinnen und Autoren in den Kategorien Printmedien, Hörfunk, Fernsehen/Film und publizistische Lebensleistung im Bereich Natur und Umwelt.

### Sonderpreis für Gores Dokumentation

Den Umwelt-Medienpreis 2006 im Bereich Printmedien erhielt der Berliner Journalist und Autor Manfred Kriener, der für natur+kosmos, die taz und andere Tages- und Wochenzeitungen schreibt. In der Kategorie Hörfunk wurde Pia Zimmermann, Redakteurin der Sendung „Umwelt und Entwicklung“ auf hr-info ausgezeichnet. Der Preis im Bereich Fernsehen ging an die Dokumentarfilmerin Beatrice Sonhüter, für Reportagen und Features zu umweltpolitischen Themen. Die Tier- und Naturfilmer Ernst Arendt und Hans Schweiger wurden für ihr Lebenswerk ausgezeichnet. Der frühere US-Vizepräsident Al Gore erhielt einen Sonderpreis für seine Dokumentation „Eine unbequeme Wahrheit“.

### DUH: Schutz von Natur und Umwelt wird zur Existenzfrage

„Wir verleihen den Preis nicht nur als Ermutigung für die Ausgezeichneten. Es ist auch umgekehrt: Im Alltag sind sie es, die uns mit ihrer herausragenden Arbeit immer wieder ermutigen, bei unserem Engagement für Umwelt und Natur nicht nachzulassen“, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. Der Schutz von Natur und Umwelt werde in Zeiten des Klimawandels für Millionen Menschen zur Existenzfrage. (fh) ■

### • Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell  
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77  
eMail: [info@duh.de](mailto:info@duh.de)  
[www.duh.de](http://www.duh.de)

## Studie: Umweltschutz ist wieder „in“

### Bürger finden Umweltgefahren bedrohlich - Politik soll handeln

Eine von der Bundesregierung beauftragte Studie zum Umweltbewusstsein der Deutschen hat 2006 gezeigt, dass Umweltschutz wieder „in“ ist. 93 Prozent der Befragten halten Umweltschutz für „wichtig“. Er steht bei den dringendsten Problemen nach Arbeitslosigkeit an Platz 2. Vor sechs Jahren belegte er nur Platz 4.

62 Prozent glauben nun, die Klimaprobleme seien nicht mehr in den Griff zu kriegen. 20 Prozent mehr als vor vier Jahren, fordern, Deutschland müsse Vorreiter beim Klimaschutz sein. Für die Veränderung sorgten eigene Erfahrungen, sagte der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troge. Den Klimawandel spüre nun jeder. Die Juli-Temperaturen beispielsweise ließen den Asphalt von Autobahnen aufweichen. Die Menschen würden sich zunehmend fürchten, änderten das eigene Verhalten aber nicht.

### Alltagsleben bleibt unberührt

Zwar trenne man seit Jahren Müll, sonst seien die Deutschen aber träge Verbraucher, zum Beispiel beim Thema Atomausstieg: Zwei Drittel der Deutschen plädieren dafür, die AKWs abzuschalten. Bisher beziehen aber nur 5 Prozent der Bürger Ökostrom. Zudem fahren die Deutschen immer öfter Auto. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung nutzen Bus und Bahn nie oder weniger als einmal pro Woche.

### Nur wenig Vertrauen in Parteien

„Die Bürger delegieren Umweltprobleme an die Politik“, sagte Astrid Klug, parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium, zu den Umfrageergebnissen. Die Deutschen trauen den Parteien beim Umweltschutz allerdings nur wenig zu. 12 Prozent der Bürger haben noch zu den Grünen „volles Vertrauen“. Den Unionsparteien sprechen das nur 4 Prozent aus, der SPD gerade mal 2. (fh) ■

### • Weitere Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-0, Fax  
eMail: [pressestelle@uba.de](mailto:pressestelle@uba.de)  
[www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)

## Medienkompetenz und Umweltwissen für Lehrer

### Deutschlandweite Graslöwen-Radiowerkstätten starten

Um Lehrer zu befähigen, Schülern Medienkompetenz praktisch zu vermitteln, hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) so genannte Graslöwen-Radiowerkstätten initiiert. Diese je vierstündigen Schulungen werden ab Februar bundesweit kostenlos angeboten. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesinstituten und unter Anleitung von Redakteuren des bundesweiten Kinderradios Radijojo! erhalten Lehrerinnen und Lehrer dort eine Weiterbildung in Sachen Rundfunk.

### Projekt eignet sich für die Klassen 2-6

„Neben der anwendungsorientierten Arbeit zum ‚Medieneinsatz in der Schule‘ geht es inhaltlich um die Integration von Nachhaltigkeitsthemen in den Unterricht“, erklärt Judith Perez, Projektleiterin im Zentrum für Umweltkommunikation (ZUK) der DBU. Das in den Radiowerkstätten erworbene praktische Wissen passe in die bestehenden Lehrpläne der Klassen 2-6. Darüber hinaus sei es auch für schulische Ganztagskonzepte geeignet. Mit dem Graslöwen, dem DBU-Maskottchen, möchte die Umweltstiftung Kinder für Natur und Umwelt begeistern und zeigen, was man zu deren Schutz beitragen kann. Das Radioprogramm sei dafür genau das richtige Medium, sagte Judith Perez.

### Kindgerechter Umgang mit dem Medium Hörfunk

In den Radiowerkstätten lernen die Pädagogen den praktischen und kindgerechten Umgang mit dem Medium Hörfunk. Dafür hat die DBU Materialpakete mit Hörbeispielen und Arbeitsblättern bereitgestellt. „Sie können unmittelbar in den Unterricht eingebunden werden. Das wird Lehrern die ersten Schritte eines eigenen Radioprojektes erleichtern“, so Perez. Neben Tipps und Anregungen zum Radio-Machen vermitteln die Redakteure in den Kursen auch theoretisches Wissen über mediale Strukturen im Allgemeinen. (fh) ■

### • Weitere Informationen

Zentrum für Umweltkommunikation (ZUK), Judith Perez, An der Bornau 2, 49090 Osnabrück  
Tel. 05419633, Fax -915  
eMail: [info@zuk.de](mailto:info@zuk.de)  
[www.grasloewe.de](http://www.grasloewe.de)

### Deutsche Arbeitgeber gegen internationale Standards

#### Neue ISO-Norm soll weltweite Umwelt- und Sozialstandards festlegen

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber (BdA) hat Anfang Januar gedroht, aus den Verhandlungen für eine weltweite Norm, die Unternehmen sozialer und ökologischer machen soll, auszusteigen. Die neue Norm der International Standard Organisation (ISO) in Genf würde erstmals einheitlich beschreiben, welche Verantwortung den Firmen unabhängig von Gesetzen zukommt.

#### BdA: Verantwortung nur freiwillig

Laut einer Stellungnahme der BdA kritisiert die Vereinigung, dass die Norm für die komplette Lieferkette der Firmen gelten soll. Was die Arbeitsrechte angeht, müssten sich Unternehmen an die Gesetze des jeweiligen Landes halten. Eine soziale und ökologische Verantwortung, die über die Gesetze hinausgehe, müsse deshalb freiwillig sein.

#### Deutsche Arbeitgeber international isoliert

Das Verhandlungspapier der ISO legt dagegen fest, dass Unternehmen dieselben Standards für alle Zweigwerke akzeptieren. „Die ablehnende Haltung der BdA ist sehr bedauerlich“, sagte Patrick von Braumnühl, Vertreter internationaler Verbraucherverbände. Die Arbeitgeberlobby weise „jegliche Vorgaben zurück, die den Handlungsspielraum der Unternehmen einschränken“. Damit finde sie nur wenig Unterstützung: Die Mehrheit der 38 Länderdelegationen hat keine grundsätzlichen Probleme mit der Norm. Die BdA habe vor Einführung einer Zertifizierung Angst, sagte Ingo Schoenheit vom Institut für Markt, Umwelt und Gesellschaft (imug). Diese wirke zwar nicht wie ein Gesetz, beschränke aber den Handlungsspielraum der Unternehmen. (fh) ■

#### • Weitere Informationen

Institut für Markt, Umwelt und Gesellschaft (imug), Ingo Schoenheit, Brühlstr. 11, 30169 Hannover  
Tel. 0511 / 91115-0, Fax -95  
eMail: [contact@imug.de](mailto:contact@imug.de)  
[www.imug.de](http://www.imug.de)

### Bund bürgt für Ilisu-Staudamm

#### Kritiker bezweifeln Zusagen aus Ankara

Die Bundesregierung hat Anfang Dezember eine grundsätzliche Zusage gemacht, den umstrittenen türkischen Großstaudamm Ilisu mit Hermes-Bürgschaften abzusichern. Laut dem Antrag der Baufirma Züblin, die an dem Projekt beteiligt ist, wird der Bund eine Exportkreditgarantie über 100 Millionen Euro übernehmen. Der Staudamm soll aus dem Fluss Tigris in der Türkei einen 300 Quadratkilometer großen See machen. Der Bau soll sieben Jahre andauern. Die Kosten dafür betragen 2 Milliarden Euro, wovon 800 Millionen Euro für die Umsiedlung von 55.000 Menschen, den Schutz von Kulturgütern und der Umwelt ausgegeben werden sollen.

Deutschland beteiligt sich damit laut Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen an einem Projekt, das der Artenvielfalt und den Menschen in der Region schade, sagte Heike Drillisch von Weed. Der Staudamm werde gegen den Willen von mehr als 70 Verbänden der betroffenen Region gebaut. „Es ist nicht vorstellbar, dass die Artenvielfalt erhalten werden kann“, so Drillisch.

#### Mitteilung nur auf der Internetseite der AGA veröffentlicht

Über die plötzliche Entscheidung für die Bürgschaft zeigte sich Drillisch erstaunt. Eine Mitteilung sei lediglich „heimlich“ auf der Webseite der Auslandsgeabsicherung (AGA) der Bundesrepublik Deutschland, veröffentlicht worden. Neben dem Verlust an Kulturgütern berge das Projekt Risiken in der Stromversorgung. Die Netze in der Türkei seien zu schwach, um den Strom aus dem neuen Kraftwerk aufzunehmen. Die Bundesregierung verweist dagegen auf Zusagen aus dem türkischen Energieministerium, „einer Reihe von Auflagen und Bedingungen zuzustimmen“, heißt es in einer Mitteilung der AGA. Für Heike Drillisch ist dies „nicht glaubwürdig“. (fh) ■ ▼

#### • Weitere Informationen

WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, Heike Drillisch, Torstr. 154, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 275-82163, Fax -96928  
eMail: [weed@weed-online.org](mailto:weed@weed-online.org)  
[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

### Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz in Kraft

#### Verbände erhalten mehr Klagerechte - sehen aber keine Verbesserung

Am 15. Dezember ist das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz in Kraft getreten. Dadurch sollen Umweltschutzverbände mehr Klagerechte im Umweltschutz erhalten. Laut Umweltbundesamt (UBA) können damit Verbände bestimmte behördliche Entscheidungen von den Gerichten prüfen lassen. Die Umweltschutzverbände müssen dabei nicht selbst von der behördlichen Entscheidung betroffen sein.

#### UBA erteilt Klageberechtigung

Um klagen zu dürfen, brauchen die Verbände allerdings eine Anerkennung. Diese erteilt das Umweltbundesamt in Dessau. „Mit dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz schafft Deutschland verbesserte Rechtsschutzmöglichkeiten für Umweltschutzverbände“, sagte der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troge. Neben den schon bisher nach Naturschutzrecht klageberechtigten Verbänden gebe es nun auch erweiterte Klagemöglichkeiten für Umweltschutzverbände. Sie erhalten ein so genanntes Verbandsklagerecht. Bei der Anerkennung der Verbände als grundsätzlich klageberechtigt prüft das Umweltbundesamt unter anderem, „ob die Umweltvereinigung andauernd und vorwiegend Ziele des Umweltschutzes fördert“.

#### Verbände: Verstoß gegen europäisches Recht

Nach Ansicht der Umweltschutzverbände NABU und BUND sowie des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU) ist das neue Gesetz jedoch EG-rechtswidrig. Es missachte, dass den Umweltschutzverbänden nach dem europäischen Recht neuerdings ein „weiter Zugang zu Gerichten“ zu gewähren sei. Da das neue Gesetz aber nur Klagen zulässt, gegen die Bürger ohnehin vorgehen können, erhielten die Verbände praktisch keine neuen Rechte. Der BUND bezeichnet die Neuerung als „umwelt- und bürgerfeindlich“. Gemeinsam wurde eine Beschwerde bei der EU-Kommission eingeleitet. (fh) ■ ▼

#### • Weitere Informationen

UfU, Bereich Umweltrecht, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 428-49935, Fax -00485  
eMail: [recht@ufu.de](mailto:recht@ufu.de)  
[www.ufu.de](http://www.ufu.de)

## Kurzmeldungen

### Wettbewerb für Nachhaltigkeit im Alltag

► Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat mit „Mission Sustainability“ einen Nachhaltigkeitswettbewerb gestartet. Menschen jeden Alters sind aufgefordert Ideen zu präsentieren, wie sie ihren Alltag nachhaltiger gestalten können. Dabei geht es um „kleine Ideen, die Großes bewirken“. Neben der Beschreibung der Idee und der geplanten Änderung im Alltagsverhalten sollen die Teilnehmer/innen versuchen ihre Idee bildhaft darzustellen. Die Einreichungen in Form von Fotos, Grafiken, Zeichnungen u. a. können auf der Internetseite des Projekts auf unkomplizierte Weise hochgeladen werden. (fh)

● Wettbewerbsbüro Mission Sustainability, Berlin, Tel. 030 / 28883780, [www.mission-sustainability.org](http://www.mission-sustainability.org)



## Lesenswert

### Symposiums-Dokumentation zur Kritischen Sozialökologie

In dem Band „Integration. Natur - Kultur - Mensch“ werden die Beiträge eines Symposiums anlässlich des 70. Geburtstags von Rudolf Bahro dokumentiert. Der Philosoph und Öko-Vordenker hatte im Herbst 1990 das Institut für Sozialökologie an der Berliner Humboldt- Universität gegründet. Zentrale Fragestellung seiner Forschung war, „warum der Mensch dabei ist, sich selbst und die Erde zu zerstören - und was der Logik der Selbstaussrottung entgegengesetzt werden kann“. Schon damals hatte Bahro zukünftige Klimakatastrophen prognostiziert. Ein wichtiges Anliegen des Treffens von Wissenschaftler/innen war so auch, inwieweit die bereits von ihm behandelten Thesen und Themen den aktuellen Diskussionen ähneln. (fh)

Maik Hosang, Kurt Seifert (Hrsg.): „Integration. Natur - Kultur - Mensch. Ansätze einer kritischen Human- und Sozialökologie. Symposiumsbeiträge zum 70. Geburtstag Rudolf Bahros“, Oekom Verlag, München 2006, 207 Seiten, 24,80 Euro, ISBN 978-3-86581-051-9

### Bodenversiegelung und Landschaftsfraß

In ihrem Buch „Flächenfraß“ beschreibt die landwirtschaftliche Sachverständige Rita Kindler die Marktmechanismen des Bodenmonopols und die Zwangsläufigkeit unserer Wirtschaftsordnung zu einer „Veredlung“ der Ressource Boden durch Grundeigentümer. Die Autorin analysiert vor allem die systemimmanenten Gründe für den Flächenverbrauch, wobei sie auch die Bodenversiegelung in der Planwirtschaft behandelt. Als Möglichkeit der Abkehr von diesem Trend sieht Kindler einen strikten rechtlichen Schutz des so genannten baulichen „Außenbereichs“, eine Minimierung und Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft, die Einführung einer „Spekulationssteuer“ sowie der Vermögenssteuer, eine Reform der Grundsteuer und der Wohnungsbauförderung und eine auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit beruhende Landwirtschaft. Eine Zusammenfassung des 2004 erschienenen Buches hat die Ökologische Plattform herausgegeben. (fh)

Bezug: [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)

### Globale Urbanisierung als Revolution

Das Buch „Planet of Slums“ des US-amerikanischen Stadtsoziologen Mike Davis beschreibt die Urbanisierung als Revolution, vergleichbar mit der Industrialisierung. Der Autor bezeichnet den 2006 eingetretenen Zeitpunkt, an dem erstmals mehr Menschen in Städten als auf dem Land leben, als „Wasserscheide der Menschheitsgeschichte“. Künftig würden jedoch nicht die Top Ten der Megacities das städtische Wachstum aufnehmen, sondern bislang weitgehend unbekannte Metropolenregionen. „Die Leute vom Land müssen nicht mehr in die Stadt wandern, vielmehr wandert diese ihnen entgegen“, spitzt Davis die Verschiebung zu. Für ihn ist diese schnell weiter wachsende Milliarde von Menschen die neue Arbeiterklasse. Aufstieg sei hier kaum möglich; stattdessen würde die Armut rechtlos geteilt. Abgeschottet von der Solidarität des dörflichen Lebens und getrennt vom kulturellen und politischen Leben der Stadt, wirkten die Slumbewohner isolierter den je. Der Autor sieht den Grund für neue städtische Armut vor allem in der Strukturanpassungspolitik des Weltwährungsfonds (IWF) begründet. Nicht mehr die Abschaffung der Slums, sondern deren Verbesserung sei zum neuen Programm geworden. (fh)

Mike Davis: Planet of Slums, Verlag Assoziation A, Berlin 2007, 240 S., 19 Euro, ISBN 3-935936-56-7



## Mühlenberger Loch: EU droht mit Millionenstrafe

### Noch kein Ausgleich für zerstörtes Schutzgebiet am Airbuswerk Hamburg

Die EU-Kommission hat Deutschland und der Stadt Hamburg Anfang Januar Millionenstrafen angedroht, da diese die ökologischen Ausgleichsflächen, die als Ersatz für die Erweiterung des Hamburger Airbus-Werks dienen sollten, bisher nicht geschaffen haben. Bei anhaltender Nichtbefolgung von europäischem Recht können Vertragsstrafen von mehr als 100.000 Euro pro Tag verhängt werden. Zunächst solle das Bundesumweltministerium der EU-Kommission Rede und Antwort stehen, heißt es in einem Schreiben von EU-Umweltkommissar Dimas an die Bundesregierung. Im Jahr 2000 hatte Hamburg begonnen, einen großen Teil der Elbbucht Mühlenberger Loch zuzuschütten, um Erweiterungsflächen zur Montage des Passagierflugzeugs A 380 zu schaffen.

### Ausgleich nur zum Teil erbracht

Die EU hatte unter der Bedingung zugestimmt, dass Hamburg für die vernichteten rund 140 Hektar des geschützten Süßwasserwatts gleichwertigen Naturersatz in unmittelbarer Nähe bietet. Ein Teil der niedersächsischen Elbinsel Hahnöfersand wurde deshalb auf Kosten der Hansestadt zu einem Wattgebiet für aus dem Mühlenberger Loch vertriebene Vögel, Fische und Pflanzen umgestaltet.

Zwei weitere geplante Flächen auf dem Elbufer gibt es jedoch nicht, weil im September 2006 das Verwaltungsgericht Schleswig auf Antrag der Verbände BUND und NABU die „Aufwertung“ eines Marschgebiets an der Elbe stoppte. Dieses sei bereits ein hochwertiges Vogelschutzgebiet nach EU-Recht, befanden die Richter. Hamburg sei so verboten worden, aus zwei Schutzgebieten eines zu machen, sagte Schleswig-Holsteins BUND-Chefin Sybille Macht-Baumgarten. Die EU-Kommission besteht weiterhin auf Einhaltung der Verträge. (fh) ■ ▼

### • Weitere Informationen

BUND, Landesverband Schleswig-Holstein, Lerchenstr. 22, 24103 Kiel  
Tel. 0431 / 66060-0, Fax -33  
eMail: bund-sh@bund-sh.net  
www.bund-sh.de/naturschutz

## Verbände lehnen Entwurf des Bundesnaturschutzgesetzes ab

### DNR: Erneute Verurteilung durch Europäischen Gerichtshof droht

Die Bundesregierung hat Ende Dezember einen Entwurf der so genannten „kleinen Novelle“ des Bundesnaturschutzgesetzes fertig gestellt. Deutschland war durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zur Neufassung seines Naturschutzgesetzes verurteilt worden, weil es die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zum Schutz seltener Arten nicht umfassend genug berücksichtigt hatte.

Nach Ansicht der Naturschutzverbände droht mit der neuen Novelle allerdings eine erneute Verurteilung, da nach dem Entwurf Maßnahmen in Land- und Forstwirtschaft wie intensive Düngung, Grünlandumbruch oder Waldwegebau nicht mehr auf ihre artenschutzrechtliche Verträglichkeit geprüft werden müssen. Ebenso wie bei Bauvorhaben soll auch das Verletzungs- und Tötungsverbot nur noch für nach europäischem statt für nach deutschem Recht geschützte Arten gelten.

### Stellungnahme: EU-Richtlinien auch mit neuer Novelle nicht umgesetzt

Der DNR hat eine Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 22.12.2006 an das Bundesumweltministerium (BMU) gerichtet. Darin betont der Dachverband die Bedeutung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) Richtlinie als zentrale Instrumente für den Schutz der biologischen Vielfalt. Bei der Umsetzung - vor allem bei den artenschutzrechtlichen Bestimmungen - komme es in Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten immer wieder zu Schwierigkeiten. So sei auch die Anpassung an das Bundesnaturschutzgesetz nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) sowie an das Pflanzenschutzgesetz und einige Länderfischereigesetze bisher nicht erfolgt.

### Schutzstatus gefährdeter Arten mehrfach abgeschwächt

Die bereits zahlreichen kritischen und teilweise sehr ausführlichen Stellungnahmen von DNR-Mitgliedsverbänden zeigen nach Ansicht des Verbandes, dass der vorliegende Gesetzentwurf gründlich überarbeitet werden muss. Die derzeitige Fassung lehnt der DNR nachdrücklich ab. Er forderte das Umweltministerium auf, sich

im Vorfeld der in Deutschland stattfindenden 9. Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über biologische Vielfalt „keine Blöße durch eine mangelnde Umsetzung der FFH-Richtlinie“ zu geben. Herauszustellen sei, dass durch den Gesetzentwurf die Anforderungen von FFH-Richtlinie und Berner Konvention nicht umgesetzt, der Schutzstatus gefährdeter Arten mehrfach abgeschwächt und der Umfang der bei Planungsverfahren zu berücksichtigenden Arten erheblich reduziert werden. Deshalb müsse bereits bei der jetzt anstehenden Reform des Bundesnaturschutzgesetzes die neu geschaffene Vollkompetenz des Bundes im Bereich Artenschutz auch genutzt werden.

### BUND und NABU gegen Aufweichung der Schutzstandards

Der BUND verlangte ebenfalls von der Bundesregierung, den Entwurf nachzubessern. Der Umweltverband nannte den vorliegenden Gesetzesentwurf „eine große Enttäuschung“. Anlässlich der Festveranstaltung zum 30-jährigen Jubiläum des Bundesnaturschutzgesetzes Ende Januar forderte auch der NABU Bund und Länder auf, den „ganzheitlichen Ansatz des Bundesnaturschutzgesetzes“ nicht in Frage zu stellen. Wer heute das Bundesnaturschutzgesetz mit dem Ziel seiner Aufweichung diskutiere, fördere den Raubbau an den Lebensgrundlagen für Mensch und Natur. (fh) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: info@dnr.de  
www.dnr.de

Naturschutzbund (NABU), Bettina Keite, Herbert-Rabius-Str. 26, 53223 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-173, Fax -203  
eMail: bettina.keite@nabu.de  
www.nabu.de/m06/m06\_02

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Doris Eberhardt, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-451, Fax -449  
eMail: doris.eberhardt@bund.net  
www.bund.net/naturschutz

## Kahlschlag beim Naturschutz in NRW befürchtet

### Stiftung schickt Offenen Brief an Düsseldorfer Landesregierung

Die Stiftung für die Natur Ravensberg hat im Januar gefordert, den neuen naturschutzpolitischen Kurs in Nordrhein-Westfalen zu revidieren. In einem Offenen Brief an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers kritisierte Stiftungs-Vorstand Dietmar Straatenwerth vor allem die von Düsseldorf geplante Novelle des Landschaftsgesetzes sowie das neue Strukturreformgesetz. Die Stifter befürchten, dass diese Gesetze den „staatlichen Naturschutz aushöhlen werden“.

### Keine Antwort auf Denkschrift

Bereits im Frühjahr 2006 hatte die Stiftung, die sich mit ökologischen Fragen der Region Ostwestfalen beschäftigt, eine Denkschrift mit dem Titel „Steinbruch Naturschutz“ veröffentlicht (DRB). Darin äußern die Autoren ihre Sorge über die Situation des Naturschutzes im Lande. Weil von der Landesregierung keine Reaktion darauf kam, richtete die Stiftung nun erneut Forderungen an Rüttgers.

### Erhalt von Verbandsklagerecht und Eingriffsregelung gefordert

Die Naturschutzverbände betonten, dass sie Bürokratieabbau befürworteten, allerdings nicht um den Preis des Abbaus von Naturschutzstandards. Auch das Verbandsklagerecht solle nicht zurückgedrängt werden. Dies führe nur zur Zunahme von Individualklagen.

Die Stiftung plädiert auch dafür die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung in ihrer jetzigen Form zu erhalten. Auch die staatliche Kontrolle in den Kommunen müsse fortgesetzt werden, da sonst kein Interessenausgleich zwischen Wirtschaft und Naturschutz vor Ort möglich sei. Schließlich appellierten die Unterzeichner des Offenen Briefes an den Ministerpräsidenten, wenigstens die Aufgaben des Bundesnaturschutzgesetzes 1:1 umzusetzen und eine flächendeckende Landschaftsplanung zu schaffen. (mbu) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Stiftung für die Natur Ravensberg, Am Herrenhaus 27, 32278 Kirchlengern  
Tel. 05223 / 75459  
eMail: [info@stiftung-ravensberg.de](mailto:info@stiftung-ravensberg.de)  
[www.stiftung-ravensberg.de](http://www.stiftung-ravensberg.de)

## Waldzustandsbericht 2006: Keine Entwarnung

### Jede zweite Buche krank - Waldschützer kritisieren Politik

Der neue Waldzustandsbericht, des Landwirtschaftsministeriums, hat Ende Januar gezeigt, dass der deutsche Wald sich im vergangenen Jahr zwar leicht erholt hat, jedoch immer noch 68 Prozent der Bäume krank sind. Besonders schlecht geht es Buchen, fast jede zweite ist schwer erkrankt. Der Zustand des Waldes hat sich vor allem im Saarland, in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein verschlechtert. Als Hauptursachen gelten laut Bericht neben Luftverschmutzung und Schadstoffen, Landwirtschaft und Klimawandel.

### Schnelle Anpassung an Klimaerwärmung nicht möglich

„Eine zu schnelle Erwärmung, die dem Biotop nicht die Zeit gibt, sich anzupassen, wird zu Verwerfungen führen“, sagte Agrar-Staatssekretär Peter Paziorek. Zu erwarten seien Stürme und Trockenheit. Durch den Temperaturanstieg könne sich das Gleichgewicht von Pflanzen und Parasiten verschieben, Borkenkäfer vermehren sich dann sehr schnell. Viele Bäume hätten sich bisher noch nicht einmal vom trockenen Sommer 2003 erholt. Auch nach dem Sturm „Kyrill“ rechnen Förster mit großen Schäden.

Die Umweltverbände kritisierten die Waldschutzpolitik der Bundesregierung. Der Bericht belege, wie wenig die sie zur Lösung des Problems unternommen habe, sagte BUND-Waldexperte Helmut Klein. Zudem lasse Landwirtschaftsminister Seehofer gerade prüfen, ob der Bericht nur alle vier Jahre veröffentlicht werden könne. „Nur die Abkehr vom überhöhten Energieverbrauch und die Verringerung des Schadstoffausstoßes kann den Wald retten“, so Klein weiter. Auch die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) forderte eine „Energiediät“. So könnten der Klimawandel begrenzt und die Situation der Wälder verbessert werden. (fh) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Naturschutzreferentin Doris Eberhardt, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-451, Fax -449  
eMail: [doris.eberhardt@bund.net](mailto:doris.eberhardt@bund.net)  
[www.bund.net/naturschutz](http://www.bund.net/naturschutz)

## Kinder kennen nicht weniger Tiere als ihre Eltern

### Studie zum Thema Artenkenntnisse

Heutige Fünftklässler kennen sich in der heimischen Wirbeltier-Fauna nicht schlechter aus als ihre Eltern, als diese im gleichen Alter waren. Dies ergab eine Studie des Biologen Christoph Randler von der Universität Leipzig. Randler testete das Wissen von knapp 900 Schülerinnen und Schülern im Alter zwischen 9 und 19 Jahren. Diese bekamen Bilder von typischen Wildtieren wie Erdkröte und Stockente gezeigt und sollten sie benennen. Für die richtige Antwort gab es einen Punkt, kam als Antwort zumindest „Kröte“ oder „Ente“, gab es noch einen halben Punkt.

### Artenwissen mit 14 Jahren am größten

Der Studie zufolge steigt das Wissen über einzelne Arten bis zum Alter von 14 Jahren an und sinkt danach wieder. Nach 21 Tierarten in Rändlers Palette waren 1981 schon einmal Fünftklässler gefragt worden. Sieben Arten sind heutzutage schlechter bekannt, 14 besser. Insbesondere die Waldspitzmaus konnten vor 25 Jahren noch zwei Drittel aller Elfjährigen benennen, heute dagegen nur etwa 15 Prozent. Deutlich gestiegen ist dagegen die Popularität von Teichmolch (von 5 auf 24 Prozent), Star (8 bzw. 42 Prozent), Dachs (43 bzw. 79 Prozent) und Erdkröte (58 bzw. 75 Prozent). Auf über 90 Prozent brachten es damals wie heute Ringeltaube, Maulwurf und Stockente. (fh) ■

### • Weitere Informationen

Universität Leipzig, Fakultät für Biowissenschaften, Pharmazie und Psychologie, Christoph Randler, Brüderstr. 32, 04103 Leipzig  
Tel. 0341 / 97367-00, Fax -49  
eMail: [dekanat.bio@rz.uni-leipzig.de](mailto:dekanat.bio@rz.uni-leipzig.de)  
[www.uni-leipzig.de/organe](http://www.uni-leipzig.de/organe)

## 2007 ist „Jahr des Delfins“

### **Bedrohung vor allem durch Fischerei**

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2007 zum „Jahr des Delfins“ ausgerufen. In einer weltweiten Kampagne soll auf die starke Bedrohung der Tiere aufmerksam gemacht werden. Das Sekretariat der Bonner Konvention für wandernde wild lebende Tierarten informierte darüber, welchen vielfältigen Gefahren Delfine durch menschliche Tätigkeiten ausgesetzt sind. Jährlich würden 300.000 als Beifang in Fischernetzen sterben.

### **BfN: Schutzmaßnahmen verstärken**

Die Konvention versucht seit langem die Fischerei-Industrie davon zu überzeugen, delfinfreundlichere Netze zu verwenden. „Delfine brauchen saubere und ruhige Ozeane und Schutzzonen“, forderte Dr. Ute Grimm, stellvertretende Fachgebietsleiterin des Zoologischen Artenschutzes im Bundesamt für Naturschutz in Bonn. Gerade die Aufzuchtstätten von Delfinen müssten verstärkt geschützt werden. Dazu will die Konvention ihre Arbeit auf internationaler Ebene intensivieren.

### **Aussterben des Chinesischen Flussdelfins macht Bedrohung deutlich**

Die Whale and Dolphin Conservation Society (WDCS) sieht im Jahr des Delfins eine längst überfällige Maßnahme. Die Bedrohung der Delfine müsse spätestens seit Ende 2006 klar sein, als die Nachricht vom Aussterben der ersten Delfinart seit 100 Jahren, des Chinesischen Flussdelfins, bekannt wurde. Nicola Hodgins, wissenschaftliche Mitarbeiterin der WDCS, sagte: „Die Regierungen, die Industrie und auch Einzelne auf der ganzen Welt können ihren Teil dazu beitragen, dass so etwas wirklich niemals wieder geschieht.“ Die WDCS hat anlässlich des Jahres des Delfins einen Großen Tümmler in ihr Patenschaftsprogramm aufgenommen. Der Verein ruft dazu auf, auf seiner Internetseite durch eine Patenschaft einen Beitrag zum Delfinschutz zu leisten. (fh)



### ● **Weitere Informationen**

WDCS Deutschland, Zoologischer Artenschutz, Altostraße 43, 81245 München  
Tel. 089 / 6100239-3, Fax -4  
eMail: kontakt@wdcs.org  
www.wdcs-de.org

## Kurzmeldungen

### **Klimawandel bedroht Miesmuscheln im Wattenmeer - NABU gegen Zucht**

Im schleswig-holsteinischen Wattenmeer schrumpft der Miesmuschel-Bestand stark. Miesmuscheln sind auf einen harten Winter angewiesen, der jedoch seit zehn Jahren ausbleibt. Jungkrebse, die sonst in tieferen Wasserzonen leben, fressen die Jungmuscheln. Zudem ist die Lebensdauer der Muscheln auf sechs bis zehn Jahre begrenzt, sodass sie nun bereits wegsterben. Eine Alternative wäre, Saatmuscheln künstlich in Salzwasserseen hinter dem Deich zu züchten. Die örtliche Naturschutzbehörde prüft derzeit einen Antrag von Fischern, Tests für die Zucht von Saatmuscheln in der Salzwasserlagune des Naturschutzgebiets Beltringharder Koog durchzuführen. Für den NABU widerspricht das jedoch dem schleswig-holsteinischen Vertrag über die Miesmuschelfischerei. Der Antrag gehe über den Vertrag, der schon erhebliche Zugeständnisse vom Naturschutz verlange, hinaus und beziehe weitere Bereiche, die bislang ungestört geblieben seien, in die Nutzung ein. (fh)

● NABU Schleswig-Holstein, Neumünster, Tel. 04321 / 953073, www.nabu-sh.de

### **Studie: Tierversuche oft nicht auf Menschen übertragbar**

Die Forscher Pablo Perel und Peter Sandercock von der Universität Edinburgh (Schottland) haben herausgefunden, dass Tierversuche häufig nichts über die nachfolgende Testphase am Menschen aussagen. Die Wissenschaftler verglichen Studien, die ein eindeutiges Ergebnis über die Wirksamkeit einer Behandlung geliefert hatten. Nur in drei von sechs Fällen passten die Ergebnisse aus den Tierversuchen zu denen der Tests an Menschen. Die Forscher betonen, dass ihre Arbeit kein generelles Argument gegen die Forschung an Tieren sei. Vielmehr sei die Studie als Anreiz gedacht, das Konzept medizinischer Studien zu überdenken. Viele Studien an Tieren seien methodisch schwach. Zudem würden negative Ergebnisse oft nicht veröffentlicht. Es komme auch vor, dass Tiermodelle für die untersuchten Krankheiten ungeeignet seien. Man müsse sich bewusst sein, dass es systematische Fehler in Tierversuchen gebe. (fh)

Quelle: Die Welt, 15.12.2006



## Fahrrad kann Wende beim Treibhauseffekt bringen

### Studie: Radverkehrsförderung kann Treibhausgasausstoß erheblich senken

Eine Untersuchung des niederländischen Fahrradverbandes „Fietzersbond“ hat Anfang Februar ergeben, dass Radfahren den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Verkehrs um sechs Prozent senken kann. Wenn Fahrten bis 7,5 Kilometer statt mit dem Auto mit dem Fahrrad zurückgelegt würden, könne das jährlich einen Ausstoß von 2,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ersparen. Damit hätten die Niederlande ein Achtel der Zielsetzungen des Kyoto-Protokolls erreicht.

### ADFC und UBA sehen große CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale in Deutschland

Die Ergebnisse aus den Niederlanden seien auch für Deutschland richtungweisend, sagte der Bundesvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) Karsten Hübener. Welches Reduktionspotential das Fahrrad bieten könne, zeige das Beispiel der nordrhein-westfälischen Stadt Troisdorf. Dort war nach gezielten Maßnahmen die Fahrradnutzung in acht Jahren um ein Drittel gestiegen. Gleichzeitig sanken die Pkw-Fahrten um zehn Prozent. Auf Deutschland hochgerechnet ergäbe dies ein Einsparpotenzial von rund drei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Das wären 15 bis 20 Prozent der vom nationalen Klimaschutzprogramm geforderten CO<sub>2</sub>-Verminderung im Straßenverkehr.

Das Umweltbundesamt (UBA) schätzt, dass durch mehr Radverkehr der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um vier bis sogar 13 Millionen Tonnen vermindert werden kann. Dafür müssten die Deutschen ihre Radfahrleistung mindestens verdreifachen. Derzeit legen sie laut ADFC im Schnitt 300 Jahreskilometer per Rad zurück. „Anreize kann die Bundesregierung mit dem Nationalen Radverkehrsplan schaffen“, so Hübener. „Sie muss dann aber auch mehr Mittel zur Verfügung stellen.“ Zuletzt war der Etat für Radwegebau an Bundesstraßen von 100 auf 80 Millionen Euro pro Jahr reduziert worden. (fh) ■ ▼

#### • Weitere Informationen

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC), Grünenstr. 120, 28199 Bremen  
Tel. 0421 / 34629-15, Fax -50  
eMail: [presse@adfc.de](mailto:presse@adfc.de)  
[www.adfc.de](http://www.adfc.de)

## Bahn-Privatisierung verzögert

### Kampagne für Bahn in öffentlicher Hand geht weiter

Das Gesetz zur Privatisierung der Deutschen Bahn kann wahrscheinlich in diesem Jahr nicht beschlossen werden. Das lasse der Zeitplan des Bundesverkehrsministeriums erkennen, berichtete die Presseagentur Reuters. So soll das Gesetz erst im November den Bundestag erreichen. Hauptgrund sei, dass man in Koalitionskreisen mit zusätzlichen Anhörungen rechne. Die Länder müssen im Bundesrat zustimmen, bevor Bundespräsident Köhler das Gesetz unterschreiben kann. Eine Verabschiedung sei daher nicht vor Frühjahr 2008 zu erwarten, erklärten Koalitionsexperten. Da der Börsengang aus dem Wahlkampf 2009 herausgehalten werden soll, gilt Ende 2008 als spätest möglicher Termin.

### Kompromiss zur Trennung von Netz und Betrieb notwendig

Derzeit arbeitet das Ministerium an einer Gesetzesvorlage, die einen Kompromiss zwischen der von der Union verlangten Abtrennung des Schienennetzes von der Bahn und der vom Ministerium und Teilen der SPD geforderten engeren Verbindung der Teile erforderlich macht. Daher geht das Ministerium davon aus, erst Mitte Mai statt wie geplant Ende März einen mit den anderen Ressorts abgestimmten Gesetzentwurf vorlegen zu können.

### Bahn-Bündnis begrüßt Verzögerung

„Die erneute Verschiebung ist auch als Folge unserer breiten Kampagne und der zunehmend kritischen Stimmung in der Bevölkerung zu werten“, sagte Winfried Wolf vom Bündnis „Bahn für Alle“. Laut einer Emnid-Umfrage vom November 2006 würden 71 Prozent der Bevölkerung eine Bahn in öffentlichem Eigentum befürworten. Bahn für Alle kündigte an, seine Kampagne gegen die Bahnprivatisierung zu intensivieren. Das Bündnis wird von Attac, Robin Wood, BUND, NaturFreunden und weiteren Organisationen getragen und setzt sich für eine verbesserte Bahn in öffentlicher Hand ein.

### Proteste gegen steigende Bahn-Preise

Die Umweltorganisation Robin Wood hat zum Jahreswechsel gegen die Fahrpreiserhöhungen und die Privatisierungspläne der Deutschen Bahn protestiert. Fahrgästen wurde gezeigt, welche Nachteile sie laut Robin Wood bei einem Börsengang

der Bahn in Kauf nehmen müssten. Trotz der „Rekordgewinne“ des Konzerns seien Anfang 2007 die Fahrpreise um 3,9 im Nah- und 5,6 Prozent im Fernverkehr gestiegen, kritisierte Robin-Wood-Verkehrsreferent Jürgen Mumme. Damit lägen die Erhöhungen „klar über dem Anstieg der Mehrwertsteuer“.

Ein Börsengang zieht nach Ansicht von „Bahn für Alle“ neben erhöhten Preisen auch nicht abgestimmte Fahrpläne und Tarife verschiedener Anbieter, mehr Verspätungen und die Streichung von Verbindungen nach sich. Ein Gutachten im Auftrag der Bundesregierung habe zudem ergeben, dass ein Börsengang den Anteil der umweltfreundlichen Bahn am gesamten Verkehrsaufkommen senken und den Treibhausgasausstoß steigern würde. (fh)

■ ▼

#### • Weitere Informationen

Bahn für Alle, Winfried Wolf, Marburg  
Tel. 06421 / 933050  
eMail: [presse@bahn-fuer-alle.de](mailto:presse@bahn-fuer-alle.de)  
[www.bahn-fuer-alle.de](http://www.bahn-fuer-alle.de)

### Brüssel und Berlin planen mehr Rechte für Bahnkunden

#### Anspruch auf Entschädigung bei Verspätung auch im Nahverkehr

Bahnreisende sollen mehr Kundenrechte erhalten. Das sieht eine geplante EU-Verordnung vor, die sich derzeit in Brüssel im Gesetzgebungsprozess befindet und Anfang 2008 in Kraft treten könnte. EU-Verordnungen gelten sofort und direkt in den Mitgliedsländern. Die Bundesregierung arbeite ebenfalls an einer gesetzlichen Regelung, hieß es Anfang Januar im federführenden Justizministerium. Entschädigungen solle es im gesamten Schienenverkehr geben - also nah und fern -, sagte ein Ministeriumssprecher.

#### Zukünftig: Höhere Entschädigungen in verschiedenen Auszahlungsformen

Die EU-Pläne sehen nach Angaben des EU-Parlamentarier Ulrich Stockmann eine Erstattung von 25 Prozent des Fahrpreises bei 60 Minuten Verspätung und von 50 Prozent bei 120 Minuten Verspätung vor. Dabei sollen die Fahrgäste selbst entscheiden können, ob sie Gutscheine oder Bargeld erhalten wollen. Die Deutsche Bahn lehnt zwar eine EU-einheitliche Regelung nicht ab, warnte aber vor „höheren Belastungen“ - etwa bei Bar-Entschädigungen.

#### Bisher: Vorwiegend Kulanzleistungen in Form von Gutscheinen

Im Oktober 2004 hatte die Bahn einen Anspruch auf Entschädigung eingeführt, allerdings nur für den Fernverkehr. Bei mindestens einer Stunde Verspätung erhalten die Kunden seitdem z. B. Gutscheine im Wert von 20 Prozent des Fahrpreises. Beim Ticketkauf im Internet gibt es aber noch technische Schwierigkeiten. Pro Tag werden nach Angaben der Bahn im Schnitt etwa 900 Gutscheine wegen Verspätungen ausgegeben. Über die verbrieften Ansprüche hinaus seien weitere Kulanzleistungen möglich. Kunden, die trotzdem ihre Ansprüche nicht geltend machen können, können die neutrale Schlichtungsstelle Mobilität (siehe S. 28) einschalten. (fh) ■ ▼

#### • Weitere Informationen

Schlichtungsstelle Mobilität, Postfach 61 02 49, 10923 Berlin  
Tel. 030 / 469970-0, Fax -10  
eMail: schlichtungsstelle@vcd.org  
www.schlichtungsstelle-mobilitaet.de

### DNR und Bahn diskutieren über Schienenverkehrslärm

#### Analyse nennt Defizite und Lösungsoptionen

Der Deutsche Naturschutzring diskutiert mit der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG über den Lärmschutz im Bahnverkehr. Vor einem Jahr hatte der DNR dem Bundesumweltministerium sowie der DB AG eine Analyse zum Schienenverkehrslärm übermittelt. Darin beschreibt der Verfasser Walter Feldt, BUND-Mitarbeiter in Hannover, wesentliche Defizite des Schienensanierungsprogramms des Bundes und schlägt Lösungsmöglichkeiten vor. Er kritisiert, dass die Deutsche Bahn das Problem des durch Schienen verursachten Lärms herunterspiele, obwohl die Gesundheitsfolgen für die Betroffenen massiv seien. Zu den Krankheiten zählen z. B. Schlafstörungen, Depressionen, Herzinfarkte.

#### DNR: Güterzüge müssen leiser werden, Schienenbonus kein Argument mehr

Feldt wirft der Bahn u. a. vor, mit dem so genannten Schienenbonus zu argumentieren, der nicht mehr zeitgemäß sei. Der Schienenbonus besagt, dass Bahnlärm weniger belästigend empfunden werde als andere Lärmquellen. Dabei erreichten alte Güterzüge Lärmemissionen von bis zu 90 Dezibel, die, so Feldt, „eher mit Flugverkehrslärm vergleichbar“ seien. Das sind außerdem 10 bis 20 Dezibel mehr als das Bundesimmissionsschutzgesetz erlaubt. Durch Umrüstung mit der so genannten Flüsterbremse könnten Züge leiser werden und dadurch die schlechte Ökobilanz beim Lärm verbessern. Auch eine schnellere Sanierung von hoch belasteten Bahnstrecken würde den verbesserten Lärmschutz voranbringen.

#### Vorschlag für

#### Zukunftsinvestitionsprogramm Schiene

Deshalb schlug der DNR vor, ein „Zukunftsinvestitionsprogramm Schiene“ mit einem jährlichen Budget von mindestens 200 Millionen Euro zu schaffen. Dafür sollte die Bahn AG eine angemessene Summe beitragen. Bisher stellt der Bund pro Jahr etwa 50 Millionen Euro zur Verfügung.

#### Bahn: Lärmbelastung soll halbiert werden, Wettbewerb hat Priorität

Die Bahn verwies in ihrer Reaktion darauf, dass sie ihren ökologischen Wettbewerbsvorteil erhalten und daher den Schienen-

verkehrslärm bis 2020 halbieren wolle. So würden z. B. neue Güterwagen mit der „Flüsterbremse“ ausgestattet. Ein „Zukunftsinvestitionsprogramm Schiene“ würde nach eigenen Angaben die Unterstützung der Bahn erhalten, allerdings dürfe dies nicht zu Lasten anderer wichtiger Investitionen in die Schieneninfrastruktur gehen. Aus Sicht des Konzerns haben der Ausbau und die Sicherung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs Priorität.

#### Umweltministerium offen für Vorschläge

Das Bundesumweltministerium dankte dem DNR für die Analyse und versprach die Diskussion und Forschung um den Schienenbonus zu verfolgen. Die Bundesregierung habe vereinbart, die Lärmbelastung der Bevölkerung durch Verkehr zu mindern, versicherte Minister Sigmar Gabriel. An die Umwelt- und Naturschutzverbände und ihren Dachverband DNR appellierte er, weiterhin Vorschläge für ein Lärminderungsprogramm zu machen.

#### Hintergrund: Stark wachsender Güterverkehr

Die Güterverkehrsleistung ist in Deutschland 2006 um 6,6 Prozent auf 619 Milliarden Tonnenkilometer gestiegen, wie eine aktuelle Untersuchung im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums ausweist. Die Hauptgründe seien das anhaltende Wirtschaftswachstum infolge der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU und die EU-Güterverkehrspolitik. Der Güterverkehr auf der Schiene wuchs dabei noch etwas stärker als der Straßengüterverkehr. Die Bundesregierung hat vor acht Jahren ein Förderprogramm für die Lärmsanierung bei der Bahn aufgelegt. Seither flossen jedes Jahr 50 Millionen Euro für den Schallschutz in dieses Programm. Ab 2007 sind es 100 Millionen, was aber nach Ansicht von Umweltverbänden noch bei weitem nicht ausreicht. (mbu, mt) ■

#### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Walter Feldt, c/o Umwelt Media Consult, Brehmstr. 56, 30173 Hannover  
Tel. 0511-854385, Fax -8506388  
eMail: walfel@gmx.de  
www.dnr.de

## Nachhaltige Mitarbeiter/innen-Mobilität in Unternehmen

### Aktionswochen starten im Frühjahr

Von Frühjahr bis Herbst bietet der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management e.V. (B.A.U.M.) Unternehmen Unterstützung bei der Organisation so genannter „Mobilitätsaktionswochen“ an. Durch spezielle Informations- und Probierangebote sollen die Unternehmensmitarbeiter/innen für eine umweltverträgliche Mobilitätsabwicklung auf Dienstreisen und der Fahrt zum Arbeitsplatz gewonnen werden.

### Personenmobilität als betriebliches Handlungsfeld

Da die Mitarbeitermobilität auch ökonomische Aspekte habe, würden Unternehmen „zunehmend auch den Bereich der Personenmobilität als betriebliches Handlungsfeld erkennen“, sagte Projektleiter Dieter Brübach. Daraus ergebe sich für Unternehmen ein „interessantes Potenzial zur Kostensenkung.“

### Besseres Verkehrsverhalten entwickeln

Durch das Bereitstellen von Informationen zur umweltverträglichen und ökonomischen Mobilitätsabwicklung sollen bestehende Wissensdefizite abgebaut werden und so eine Veränderung des Verkehrsverhaltens bewirkt werden. Ein weiteres Element der Aktionstage stellen Angebote zum Ausprobieren dar, wie zum Beispiel Fahrerschulungen zu kraftstoffsparender Fahrweise. B.A.U.M. bietet Unternehmen kostenlose Unterstützung bei der Organisation dieser Mobilitätsaktionswochen an. Im Rahmen des Förderprojekts können für einzelne Maßnahmen auch Zuschüsse gewährt werden. (fh) ■

### • Weitere Informationen

B.A.U.M. e.V., Dieter Brübach,  
Asterstr. 60, 30167 Hannover  
Tel. 0511 1650021, Fax -7100583  
eMail: b.a.u.m.hannover@t-online.de  
www.baumev.de

## Umweltbundesamt fordert Tempolimit

### 120 Stundenkilometer auf allen Autobahnen

Der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), Andreas Troge hat sich Anfang Januar für ein Tempolimit von 120 km/h ausgesprochen. So ließe sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 10 bis 30 Prozent reduzieren. Zudem sinke die Unfallgefahr und es komme zu weniger Staus. Auch die Grünen machen sich für eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung stark. Man freue sich, dass das Umweltbundesamt dieses Thema aufgreife, sagte der Parteivorsitzende Bütikofer. Umweltverbände fordern ebenfalls seit Jahren ein Tempolimit. Der BUND rief Bundeskanzlerin Merkel auf, auf diese Weise mehr für den Schutz des Weltklimas zu tun.

### Umweltministerium setzt weiter auf Selbstverpflichtung der Autobauer

Das Umweltministerium, dem das UBA unterstellt ist, ließ kurz darauf jedoch verlauten, ein Tempolimit sei „gegenwärtig in der Bundesregierung kein Thema“. Das Ministerium setze stattdessen auf die freiwillige Selbstverpflichtung der europäischen Automobilindustrie und eine Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer vom Hubraum auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

### Autoindustrie bremst Abgeordnete

Ein ADAC-Sprecher sagte, man lehne den Vorschlag eines Tempolimits ab, weil er weder der Umwelt noch der Verkehrssicherheit etwas bringe. Großversuche hätten gezeigt, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß nur um ein bis zwei Prozent sinke. Die Zahl der Unfalltoten auf deutschen Autobahnen sei - mit Ausnahme von Großbritannien und den Niederlanden - niedriger als in anderen Staaten, wo es Geschwindigkeitsbegrenzungen gebe. Um den Klimaschutz zu stärken, sprach sich der ADAC für eine verbrauchsabhängige Kfz-Steuer aus. Dies schaffe Anreize für Industrie und Verbraucher. (fh) ■ ▼

### • Weitere Informationen

BUND, Verkehrsexperte Tilmann Heuser,  
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-82, Fax -40  
eMail: tilmann.heuser@bund.net  
www.bund.net/verkehr

## 60-Tonnen-Lkw: Hohes Sicherheitsrisiko festgestellt

### Bundesregierung: „Erhebliche Belastungen“ durch Gigaliner

Eine Studie der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) die im Februar veröffentlicht wird, hat ein hohes Sicherheitsrisiko durch 60-Tonner aufgezeigt. Einzelne Aspekte der Studie wurden bereits in der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage von FDP-Abgeordneten im Januar benannt. Die Allianz pro Schiene sieht dies als Bestätigung ihrer Bedenken. „Die Bundesregierung benennt in ihrer Antwort zentrale Argumente, welche die wirtschaftliche und ökologische Unsinnigkeit von 60-Tonnern deutlich machen“, so Norbert Hansen, Vorsitzender der Allianz.

### Details der BASt-Studie benannt

In der Antwort werden erstmals Details zu einzelnen Aspekten der Studie genannt:

- Brücken: Die BASt kommt zum vorläufigen Schluss, dass 60-Tonner erheblich höhere Belastungen für Brücken im Bundesfernstraßennetz bedeuten.
- Tunnel: Der Einsatz dieser Lkw werde „erhöhte Anforderungen an die Sicherheitsausstattung von Tunnelbauwerken ergeben“.
- Leitplanken: Es gebe derzeit keine Systeme, „die einem Anprall mit längeren und/oder schwereren Fahrzeugen standhalten würden“.
- Innenstädte: Die Befahrbarkeit von Innenstädten ist nicht möglich.
- Rastplätze: „Rund 20 Prozent der derzeitigen Stellplatzkapazitäten würden entfallen“.
- Verkehrssicherheit: Unfälle mit 60-Tonnern hätten deutlich schwerere Folgen. Schon heute ist an jedem 5. tödlichen Straßenverkehrsunfall ein Lkw beteiligt.

► Die Allianz pro Schiene hat auf ihrer Internetseite eine Resolution gegen die 60-Tonner veröffentlicht. (fh) ■

### • Weitere Informationen

Allianz pro Schiene e.V., Reinhardtstraße 18, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2462599-0, Fax -29  
eMail: info@allianz-pro-schiene.de  
www.allianz-pro-schiene.de  
Resolution:  
www.allianz-pro-schiene.de/cms/upload/pdf-Dateien/061109\_Aps\_Position\_60\_Tonner.pdf

### Polizei-Sondereinheit beendet Baumbesetzung in Lüneburg

#### Umweltschützer protestieren gegen die Verkehrspolitik der Stadt

Die Polizei hat Mitte Januar in Lüneburg die Besetzung einer Eiche durch Umweltschützer beendet. Zwei Aktivisten der Umweltorganisation Robin Wood hatten den 100 bis 150 Jahre alten Baum zwölf Tage lang besetzt gehalten. Eine Sondereinheit der Landespolizei aus Hannover holte die Männer aus der Eiche. Anschließend wurde der Baum gefällt.

Die Aktion war ein Protest gegen den vierspurigen Ausbau der Reichenbachbrücke sowie der Straße „Am Schifferwall“. Laut Robin Wood hatte es überzeugende Alternativen gegeben, die Innenstadt vom Verkehr zu entlasten, ohne die Brücke auszubauen und den alten Baumbestand zu fällen.

#### „Brutaler Einsatz“

Nach Aussage von Stadtpressesprecher Jörg Stauch hätte die Rodung der Eiche noch einige Wochen Zeit gehabt. Deshalb sei die Protestaktion, die sich vor allem gegen die Verkehrspolitik der Stadt richtete, so lange geduldet worden.

Die Umweltschützer beklagten ein unverhältnismäßig hartes Vorgehen der Einsatzkräfte. „Die Kletterer der Polizei gingen grob, verantwortungslos und stümperhaft vor“, berichtete Karsten Hilsen, einer der zwei Kletterer. „Ohne mich ausreichend neu zu sichern, versuchten die Polizeikräfte, meine eigenen Sicherungsseile zu durchtrennen“, so Hilsen weiter. Lüneburgs Polizeisprecher Thomas Gliese sprach dagegen von einem „professionellem Einsatz“. (fh) ■

#### • Weitere Informationen

Robin Wood, Verkehrsreferentin Monika Lege, Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
Tel. 040 / 380892-12, Fax -14  
eMail: [verkehr@robinwood.de](mailto:verkehr@robinwood.de)  
[www.robinwood.de](http://www.robinwood.de)

### Bundestag verabschiedet Fluglärmnovelle

#### Neues Gesetz senkt Grenzwerte, setzt aber weiter auf passiven Lärmschutz

Der Bundestag hat Mitte Dezember die Novelle zum Fluglärmgesetz verabschiedet. Sie erlaubt einen Lärmschalldauerpegel von 65 statt bisher 75 Dezibel am Tag und 55 Dezibel nachts. Mit diesen Grenzwerten könnten nun zusätzliche Lärmschutzzonen eingerichtet und bestehende ausgeweitet werden, sagte Umweltminister Gabriel. In bestimmten Zonen in Nähe der Flughäfen dürfen keine Neubaugebiete mehr ausgewiesen werden. Damit werde „künftigen Lärmkonflikten vorgebeugt“, so das Umweltministerium.

#### Kritik an langen Fristen, „Rechentricks“ und Ausnahmen

Das Bündnis der Bürgerinitiativen gegen den Flughafen ausbau in Frankfurt und die Initiative Zukunft Rhein-Main, sind jedoch kritisch. Die neuen Werte seien immer noch „gesundheitsschädigend hoch“. Erst ab 2011 müssten Schallschutzmaßnahmen tatsächlich installiert werden. Beim Ausbau des Flughafens Frankfurt würde dies also keine Rolle spielen. Abgeordnete der Grünen fordern, bei der Berechnung von Lärmschutzbereichen statt eines Durchschnittswerts den lautesten Monat des Vorjahres zugrunde zu legen.

Die Stadt Frankfurt am Main befürchtet, dass mit der Berechnung „Schutzansprüche kleingerechnet“ werden, so Umweltschutzdezernentin Rottmann. Laut Zukunft Rhein-Main bleiben die wichtigsten Kritikpunkte der Betroffenen unverändert: zu hohe Grenzwerte, Sonderregelung „Lex Fraport“, das Berechnungsverfahren und keine aktiven Schallschutzmaßnahmen. ▶ Beim Bundestag wurde eine öffentliche Petition eingereicht, mit dem Ziel, dass der Gesetzesentwurf nicht in der vorliegenden Form beschlossen, sondern nochmals überarbeitet wird. Unter [www.fluglaerm.de/petition](http://www.fluglaerm.de/petition) kann man sich weiterhin eintragen. (fh) ■ ▼

#### • Weitere Informationen

Initiative Zukunft Rhein-Main, Elisabeth Straßer, Wilhelm-Seipp-Straße. 4, 64521 Gross-Gerau  
Tel. 06152/989-391, Fax -180  
eMail: [wubf@kreisgg.de](mailto:wubf@kreisgg.de)  
[www.zukunft-rhein-main.de](http://www.zukunft-rhein-main.de)

### Beliebteste Wanderwege und -regionen gekürt

#### Wanderweg des Jahres 2006 führt durch Naturpark Altmühltal

Die Befragung von 8.700 Wanderern durch einen Touristikverlag hat Mitte Januar ergeben, dass der 200 Kilometer lange Altmühltal-Panoramaweg, der von Gunzenhausen bei Kelheim an der Donau den Windungen des Flusses folgt, Deutschlands beliebtester Wanderweg ist. Das hat eine Befragung von 8.700 Wanderern durch einen Touristikverlag ergeben. Im Rahmen der Stuttgarter Reise-messe CMT wurden die Ergebnisse der von der Fachhochschule Südwestfalen ausgewerteten Befragung verkündet. An zweiter Stelle folgt demnach der „Malerweg“ in der Sächsischen Schweiz. An dritter Stelle liegt der Rheinsteig, der auf 320 Kilometer Länge von Wiesbaden bis Bonn führt.

#### Allgäu ist beliebteste Wanderregion

Beliebteste Wanderregion ist das Allgäu vor der Alpenwelt Karwendel und der Zugspitzregio. Es folgen die deutschen Mittelgebirge Sächsische Schweiz, Schwarzwald, Eifel und Harz. Populärster deutscher Wanderort wurde Oberstdorf im Allgäu vor Mittenwald und Garmisch-Partenkirchen. In Österreich ist das Tannheimer Tal am beliebtesten vor dem Brenner Wald und dem Ötztal. In der Schweiz sind es das Tessin vor Wengen-Mürten und Interlaken im Berner Oberland.

#### Fahrradtouristen wählen Weserradweg

Bei den Radwanderern ist der Weserradweg am beliebtesten, gefolgt vom Radportal Ostallgäu und dem Vulkanradweg Voggelsberg. Familien reisen am liebsten in das Allgäu, die Ammergau-Alpen oder nach Todtnau im Südschwarzwald. (fh) ■

#### • Weitere Informationen

Inmotion Agentur, Martin Bremer, Westerradweg 5a, 53424 Remagen  
Tel. 02228 / 9118-55, Fax -66  
eMail: [info@inmotion-agentur.com](mailto:info@inmotion-agentur.com)  
[www.wander-gala.de](http://www.wander-gala.de)

## Kurzmeldungen

### Schlichtungsstelle Mobilität vor dem Aus?

Seit gut zwei Jahren gibt es die Schlichtungsstelle Mobilität unter Federführung des Verkehrsclubs Deutschland (VCD). In 4300 Konfliktfällen wurde Kunden zu ihrem Recht verholfen. Laut VCD ging es bei Bahnreisen meist um Verspätungen. Finanziert wird die Schlichtungsstelle als Pilotprojekt vom Bundesverbraucherministerium mit 1,4 Millionen Euro noch bis 2008. Danach sollten nach den Plänen der früheren Ministerin Renate Künast Bahn-, Bus- und Flugunternehmen die Finanzierung übernehmen. Die Transportunternehmer weigern sich aber, obwohl sie nach Ansicht des VCD von der Schlichtungsstelle profitieren. Schließlich blieben entschädigte Kunden dem Unternehmen treu, so der Verkehrsclub. Ein nationales Gesetz für Schadenersatz im Streit mit Verkehrsunternehmen gibt es nicht. Nur Fluggäste können sich auf EU-Recht berufen: Bei Streichung oder Überbuchung eines Fluges können Passagiere bis zu 600 Euro zurück bekommen. (mbu)

● VCD, Schlichtungsstelle Mobilität, Berlin, Tel. 030 / 280351-12, [www.schlichtungsstelle-mobilitaet.de](http://www.schlichtungsstelle-mobilitaet.de)

### Bund lehnt zusätzliche Finanzhilfen für Transrapid in München ab

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee hat Mitte Dezember 2006 erklärt, dass der Bund und das Land Bayern die Transrapidstrecke vom Hauptbahnhof zum Flughafen in München in „gemeinsamer Verantwortung“ entwickeln wollen. Allerdings fehlten zur Finanzierung des Projekts noch 815 Millionen Euro. Bisher seien 550 Millionen Euro im Bundeshaushalt eingestellt, Bayern habe 300 Millionen veranschlagt und die Bahn wolle 185 Millionen Euro beisteuern, sagte Tiefensee. Abgeordnete aller Fraktionen bezeichneten die bisherige Finanzierungslücke als eines der Hauptprobleme des Projekts. Die Grünen bemängelten zudem, der Kostenkalkulation von 1,85 Milliarden Euro lägen Preise aus dem Jahr 2004 zu Grunde. Es werde geprüft, wie sich der Bund finanziell beteiligen könne, so Tiefensee. Rechtlich bestehe nur die Möglichkeit einer Bundesfinanzhilfe. Bayern lehnt dies aber ab, weil das Land so alleiniger Risikoträger des Projekts wäre. (fh)

Quelle: Das Parlament, 18.12.2006

### DaimlerChrysler unterliegt in Rechtsstreit um Verbrauchsangaben

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat sich in einem Rechtsstreit um Werbeanzeigen von DaimlerChrysler im Januar durchsetzen können. Die DUH hatte wegen eines Verstoßes gegen die Pflicht zur Benzinverbrauchsangabe in der Werbung gegen den Autokonzern geklagt. Auslöser war eine Anzeige für die neue CL-Klasse mit dem Text „...die leistungsstarken V8- und V12-Motorisierungen wollen nur eines sein: Ein Kompliment an die Besitzer.“ Der Konzern hat laut DUH rechtswidrig darauf verzichtet, die potenziellen Besitzer über den Spritverbrauch von bis zu 21 Liter auf 100 Kilometer und den damit verbundenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß aufzuklären. Der Argumentation der DaimlerChrysler-Anwälte, die Aussagen in der Anzeige fielen nicht unter die Kennzeichnungspflicht, folgte der Richter nicht: „Werbung für Pkw mit leistungsstarken V8- und V12-Motorisierungen stellt bereits nach dem Wortlaut eine Angabe zur Motorisierung dar.“ (fh)

● Deutsche Umwelthilfe (DUH), Berlin, Tel. 030 / 2589860, [www.duh.de](http://www.duh.de)

### Frankfurter Flughafen erteilt sich Nachtflug-Genehmigungen selbst

Der Redaktion der WDR-Sendung Monitor wurde Mitte Januar von der hessischen Landesregierung bestätigt, dass im Wirtschafts- und Verkehrsministerium von Fraport bezahlte Leihbeamte die Ausnahmegenehmigung für Nachtflüge prüfen und erteilen. Die Fraport AG ist der Flughafenbetreiber des Flughafens Frankfurt am Main, dessen Anwohner seit langem vergeblich für die Umsetzung des Nachtflugverbots kämpfen. Im vergangenen Jahr wurden 97 Prozent der Anträge auf einen Nachtflug genehmigt. Laut Wirtschaftsministerium und Fraport ist das Verfahren so vorgesehen. Die Fraport-Mitarbeiter hätten bei ihren Entscheidungen keinerlei Ermessensspielraum, auch einen wirtschaftlichen Vorteil für den Flughafenbetreiber durch die Ausnahmegenehmigungen sehe man im Ministerium nicht. Der Verwaltungsrechtsexperte Prof. Jürgen Kessler von der TU Berlin spricht jedoch von einer „Verquickung privater Gewinninteressen mit dem Aufsichtsrecht des Staates“. Dies sei mit den Vorgaben des Verwaltungsverfahrensgesetzes sowie mit den Anforderungen an die Unabhängigkeit und Neutralität der Aufsichtsbehörde nicht zu vereinbaren. (fh)

Quelle: [www.wdr.de/tv/monitor](http://www.wdr.de/tv/monitor)



## Lesenswert

### Klimaprobleme durch Pkw-Verkehr - Bewertung von Gegenmaßnahmen

Das Wuppertal Institut hat in übersichtlicher und systematischer Form Stand und Perspektiven des Automobilverkehrs als traditionellem „Hauptbelasten“ des Klimas zusammengetragen. Nach Einbettung in den Klimadiskurs erfolgt eine schrittweise Konzentration auf den Pkw-Verkehr Deutschlands. Für diesen Bereich werden im Detail die denkbaren technischen Ansätze zur Treibhausgas-Reduzierung und die möglichen Umsetzungsmaßnahmen erörtert. Die Studie zeigt auf, dass es zwar vergleichsweise positive Tendenzen gibt, aber auch erheblicher weiterer Handlungsbedarf besteht. (fh)

Karl Otto Schallaböck u. a.: Klimawirksame Emissionen des Pkw-Verkehrs und Bewertung von Minderungsstrategien, Wuppertal Spezial Nr. 34, 2006, ISBN 3-929944-72-3; Bezug: [www.wupperinst.org/de/publikationen](http://www.wupperinst.org/de/publikationen)



## Termine

### Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

### Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

### Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de) an.

### Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf [www.dnr.de/termin-links](http://www.dnr.de/termin-links) zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

### Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)

## Februar

20.2., Berlin

### EU-Fonds für die Umwelt - Fördermöglichkeiten für Verbände

DNR EU-Koordination, Bjela Vossen  
Tel. 030 / 443391-85, -81, Fax -80  
[bjela.vossen@dnr.de](mailto:bjela.vossen@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

24.2., Berlin

### 2. Stiftungsforum Erneuerbare Energien

REECO GmbH, Reutlingen  
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
[neidlein@energie-server.de](mailto:neidlein@energie-server.de)  
[www.energiemessen.de](http://www.energiemessen.de)

26.-27.2., Hannover

### Geld und mehr für den Natur- und Umweltschutz

Seminar; Alfred Töpfer Akademie für Naturschutz, Schneverdingen  
Tel. 04321 / 907116  
[nna@nna.niedersachsen.de](mailto:nna@nna.niedersachsen.de)  
[www.nna.niedersachsen.de](http://www.nna.niedersachsen.de)

## März

2.-4.3., Stuttgart

### 16. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress - BUVKO

UMKEHR e.V., Berlin  
Tel. 030 / 4927-473, Fax -972  
[info@umkehr.de](mailto:info@umkehr.de)  
[www.buvko.de](http://www.buvko.de)

9.-11.3., Düsseldorf

### Strategien für ein (Über-) Leben ohne Monsanto

Attac, Frankfurt am Main  
[stop-monsanto@attac.de](mailto:stop-monsanto@attac.de)  
[www.attac.de/monsanto](http://www.attac.de/monsanto)

## April

18.-20.4., Bad Boll

### Erneuerbare Energien und Armutsbekämpfung

Tagung; Ev. Akademie Bad Boll  
Tel. 07164 / 79270  
[romona.boeld@ev-akademie-boll.de](mailto:romona.boeld@ev-akademie-boll.de)  
[www.ev-akademie-boll.de](http://www.ev-akademie-boll.de)

## Mai

4.-6.5., Berlin

### McPlanet.com 3.0 - Klima der Gerechtigkeit

Kongress; BUND, EED, Attac, Greenpeace, HBS, WI  
Tel. 030 / 275864-96, -0, Fax -40  
[mcplanet@bund.net](mailto:mcplanet@bund.net)  
[www.mcplanet.com](http://www.mcplanet.com)

9./10.5., Frankfurt/Main

### Erobert die Natur die Stadt zurück? Freiraumentwicklung: Regionalparks, Siedlungsrückbau und Brachflächen

Fachtagung; Dt. Institut für Urbanistik (DIFU), Berlin  
Tel. 0221 / 340308-0, Fax -28  
[difu@difu.de](mailto:difu@difu.de)  
[www.difu.de](http://www.difu.de)

## Juni

5./6.6., Berlin

### Woche der Umwelt

DBU, Martin Schulte, Osnabrück  
Tel. 0541 / 96339-40, Fax -90  
[www.wochederumwelt.de](http://www.wochederumwelt.de)

## Juli

12.-15.7., München

### Velo-city 2007 und Streetlife-Festival

Kongress und weitere Veranstaltungen; BMVBS, European Cyclists Federation Planungsbüro Kaulen, Aachen  
Tel. 0241 / 334-44, Fax -45  
[info@velo-city2007.com](mailto:info@velo-city2007.com)  
[www.velo-city2007.com](http://www.velo-city2007.com)  
(fh, mb) ■

## EU-Termine - deutsche Ratspräsidentschaft

### EU-Ministerrats-Sitzungen unter deutschem Vorsitz (Auswahl)

#### Januar

29./30. Landwirtschaft/Fischerei  
30. Wirtschaft/Finanzen

#### Februar

15. Verkehr/Telekommunikation/Energie  
19. Wettbewerb  
20. Umwelt  
22. Soziales/Gesundheit  
26./27. Landwirtschaft/Fischerei  
27. Wirtschaft/Finanzen

#### März

12./13.\*\* Entwicklung  
19./20. Landwirtschaft/Fischerei  
22./23. Verkehr/Telekommunikation/Energie  
27. Wirtschaft/Finanzen

#### April

16./17.\* Landwirtschaft/Fischerei  
19./20.\*\* Gesundheit  
20./21. Wirtschaft/Finanzen  
26.-28.\*\* Wettbewerb

#### Mai

7./8. Landwirtschaft/Fischerei  
8. Wirtschaft/Finanzen  
20.-22.\*\* Landwirtschaft/Fischerei  
21./22. Wettbewerb  
23.-25.\*\* Stadtentwicklung  
30./31. Soziales/Gesundheit

#### Juni

1.-3.\*\* Umwelt  
5.\* Wirtschaft/Finanzen  
7./8.\* Verkehr/Telekommunikation/Energie  
11./12.\* Landwirtschaft/Fischerei  
28.\* Umwelt

\* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

\*\* informell

### Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

15.-18.1., 31.1./1.2.\*  
12.-15.2.  
12.-15.3., 28./29.3.\*  
23.-26.4.  
9./10.5.\*, 21.-24.5.  
6./7.6.\*, 18.-21.6.

\* in Brüssel (sonst in Straßburg)

### Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

Januar: 22. n, 23. v+n, 30. v+n  
Februar: 26. n, 27. v+n, 28. v  
März: 21. n, 22. v+n, 27. v+n\*  
April: 10. n, 11. v+n  
Mai: 2. n\*, 3. v\*, 7. n, 8. v+n  
Juni: 4. n, 5. v, 25. n, 26. v+n, 27. v

v = vormittags 9-12.30 Uhr

n = nachmittags 15-18.30 Uhr

\* = vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.

\* vorbehaltlicher Termin

(mb) ■

### • Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):

[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft (1.1.-30.6. 2007):

[www.eu2007.de](http://www.eu2007.de)

[www.eu-praesidentschaft.de](http://www.eu-praesidentschaft.de)

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen: DNR, EU-Koordination, Ulrike Tröger, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-38, Fax -80  
eMail: [ulrike.troeger@dnr.de](mailto:ulrike.troeger@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:  
[www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE](http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE)

Quelle Umweltausschuss-Sitzungen:  
[www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2007.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2007.pdf)

## Regelmäßige Umweltsendungen

### Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Audiodateien, Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an. Diese Liste (mit Links) steht auch unter: [www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo) („TV + Radio“)

## TV-Vorschau

### Der Grüne Kanal

„Das ökologisch korrekte TV-Programm“ für die nächsten Tage  
[www.bio.de/kanal.php](http://www.bio.de/kanal.php)

### Prisma online

Fernsehsendungen zum Stichwort "Natur" in den nächsten vier Wochen:  
[www.prisma-online.de/fernsehen/stichwort.html?aid=Natur](http://www.prisma-online.de/fernsehen/stichwort.html?aid=Natur)  
Bestimmte Sendungen/Inhalte suchen:  
[www.prisma.de/suche](http://www.prisma.de/suche) (Stichwort suchen)

## Fernsehsendungen

### ZDF.umwelt

Sonntags 13.15-13.45, ZDF  
[www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html)

### Ozon - Umweltmagazin

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)  
[www.rbb-online.de/ozon](http://www.rbb-online.de/ozon)

### Löwenzahn - Natur, Umwelt und Technik für Kinder

Sa, 12.10-12.35, ZDF; Sa 16.50-17.20 KIKA  
[www.tivi.de/loewenzahn](http://www.tivi.de/loewenzahn)

### Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme (Sendungen: "Green Planet", "TierWelten", "Nature & Science" u.a.)  
[www.terra-nova.tv](http://www.terra-nova.tv)

### Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland)

### Unkraut - Umweltsendung für junge Leute

Mo (14-tägig) 21.20-21.45, Bayerischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut)

### Arte-Umweltsendungen

Di 14.00 Hippokrates (Gesundheit), Sa 20.40 Abenteuer Arte, Sa 21.35 GEO u.a.  
[www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html](http://www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html)

### blickpunkt umwelt

3. Do im Monat, 19.00, h1 (Region Hannover)  
[www.blickpunktumwelt.de](http://www.blickpunktumwelt.de)

### Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)  
[www.sf.tv/sf1/netznatur](http://www.sf.tv/sf1/netznatur)

## Rundfunksendungen

### Umwelt und Verbraucher

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk  
[www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/)

### Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05, DeutschlandRadio  
[www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html](http://www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html)

### Aus Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR cont.ra (Südwestrundfunk)  
[www.swr.de/contra](http://www.swr.de/contra)

### Landwirtschaft und Umwelt

Mo-Fr 10.03-11.56, So 7.05-7.30 (Wh. 22.35), Bayern 2  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland)

### hr-iNFO Umwelt und Entwicklung

Sa 20.35-21.00, So 8.35-9.00, hr (Hessischer Rundfunk)  
[www.hr-online.de/website/radio/hr-info/](http://www.hr-online.de/website/radio/hr-info/) („Wochenende“)

### GLOBAL 3000

erster Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 10.00-11.00)  
Radio Dreyeckland Freiburg 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/global30.html](http://www.rdl.de/global30.html)

### Radio Rainbow

Do 19.00-20.00 Radio LORA München 92,4 (freies Radio)  
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

### Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne, 102,1 Kabel (freies Radio)  
[www.greenpeace-radio-stuttgart.de](http://www.greenpeace-radio-stuttgart.de)

### Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wiederholung Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/programm.html](http://www.rdl.de/programm.html)

### Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/programm.html](http://www.rdl.de/programm.html)

### Radijojo! - Graslöwen Radio

[www.grasloewe.de](http://www.grasloewe.de)  
[www.radijojo.de](http://www.radijojo.de)  
(mb) ■

## Information und fachlicher Austausch

### Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu allen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)

### Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jede/r nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 500.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

[www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Willkommen](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Willkommen)

[www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz)

### „Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundes-ländern.

[www.gruenes-forum.net](http://www.gruenes-forum.net)  
(mb) ■

## EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
EU-Fonds für die Umwelt: Ein kritischer Leitfaden	I/2007
Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/10 Grüne Prüfsteine	Extra
Umsetzung von EU-Umweltrecht (in Vorbereitung)	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

[www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“) oder  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“)

## Unser Partner in Brüssel: Das Europäische Umweltbüro

### Der Dachverband der europäischen Naturschutz- und Umweltverbände

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

### Das Europäische Umweltbüro arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen in die gesamte EU-Politik („Article 6 Watch“<sup>1</sup>)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Programm, aktuelle EU-Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Städtische Umwelt

- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau eines Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, EU-Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Biotreibstoffe; Bodenschutz)
- Abfall (Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus

- Außerdem arbeitet das EEB zur:
- IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control),
  - Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen,
  - Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung,
  - EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung,
  - Standardisierung des europäischen Gütesiegels,
  - Umwelthaftung,
  - EU-Erweiterung
  - Verbesserung der Umsetzung und Einhaltung der EU-Umweltgesetzgebung.

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Ursula Vavrik (d)	Landwirtschaft, Gentechnik (Geschäftsführerin)	ursula.vavrik@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Biodiversität, Wasser (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Doreen Fedrigo	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	doreen.fedrigo@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

2 „Clean air for Europe“ - „Saubere Luft für Europa“

## Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik wird in Brüssel gemacht: 80 Prozent des in Deutschland geltenden Umweltrechts gehen auf europäische Initiativen zurück. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe Seite 2). Probelesen und Bestellen im Internet: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### Editorial

- EU-Energie- und Umweltpolitik: Gretchenfragen für die Kanzlerin

### EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- 10 Grüne Prüfsteine für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft
- Bewertung der finnischen EU-Ratspräsidentschaft
- Vorbereitungen für G8-Gipfel auf vollen Touren

### EU-Politik, Recht

- Was ist neu 2007?
- Neuwahlen im Europaparlament
- Lissabon-Prozess weiterhin ohne Umwelt  
Von Markus Steigenberger, DNR
- Århus-Konvention: Wenig ambitionierte Umsetzung
- Inkrafttreten von EU-Richtlinien im 1. Halbjahr 2007

### Abfall, Produktpolitik

- Verpackungsrichtlinie: Bilanz der EU-Kommission gemischt
- Anaerobe Klärschlamm-Behandlung

### Agrarpolitik, Gentechnik

- Neue Verordnung für Tiertransporte
- Einspruch im Gentechnik-Streitfall
- Genpflanzen brauchen mehr Pestizide

### Chemikalien, Emissionen

- REACH- Kompromiss enttäuscht Umweltverbände
- Risiken von Organozinnverbindungen
- Studie: Reduktion von Schiffsabgasen
- Fortschritte gegen Luftverschmutzung
- IPPC: Beste verfügbare Techniken

### Energie, Klima

- Widersprüchliches EU-Energiepaket
- Eurobarometer zur EU-Energiepolitik
- Energieeffizienzkriterien
- Nationale CO<sub>2</sub>-Allokationspläne: EU-Kommission mahnt Regierungen
- Importzoll für klimaschädliche Güter?
- EU-Kommission: Flugverkehr in Emissionshandel aufnehmen
- Klimawandel schlimmer als gedacht

### Naturschutz, Biodiversität

- Agrarmittel an Artenvielfalt koppeln
- Vorbereitung auf Biodiversitätskonferenz
- EU verbietet Wildvogelimport

### Verkehr, Tourismus

- Pkw-Abgasnormen Euro 5 und 6
- Bahn 23-mal sicherer als Auto
- Streit über CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkw

### Wasser, Meere

- Erwartungen an die Gewässerschutzpolitik  
Von Michael Bender und Tobias Schäfer, Grüne Liga
- Entscheidung zur Meeresrichtlinie

### Service

- Veröffentlichungen, Ausschreibungen, Termine
- EU-Wegweiser, EU-Gesetzgebungsverfahren

### Sonderheft

- EUR-Sonderheft (separate Heftung): EU-Fonds für die Umwelt: Kritischer Leitfaden

## Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.05“ weist z. B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2005 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.05“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb) („Bisherige Ausgaben“).

## Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de)

## Deutschland-Rundbrief im Internet

### [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

## Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Nachrichten an. Unter rund 50 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

## Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

### EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# DRB-Abo

## Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

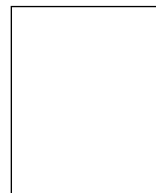
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Bankleitzahl:  
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion Deutschland-Rundbrief  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin